DIE DEUTSCHBÖHMISCHE FRAGE 1918—1919 UND DAS ÖSTERREICHISCH-TSCHECHOSLOWAKISCHE VERHÄLTNIS

Teil I

Von *Hanns Haas*

In der tschechoslowakischen Emigration gab Otto Bauer Rechenschaft über die „reformistische, demokratisch-sozialistische Tätigkeit der mittel- und westeuropäischen Arbeiterparteien“ der Vorkriegs- und Zwischenkriegszeit, die er trotz ihres offensichtlichen Versagens gegenüber der faschistischen Bewegung in Italien, Deutschland und Österreich als die einzig mögliche Taktik der Arbeiterbewegung im organisierten Kapitalismus dieser Zeit bezeichnete¹. Selbst Kautskys Theorie, daß zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft eine Übergangsperiode liege, deren Hauptcharakteristikum eine Koalition bürgerlicher und sozialdemokratischer Parteien darstelle, läßt Bauer unwidersprochen, womit indirekt auch seine eigene Politik 1918/1919 eine Legitimation erfährt², die er bereits in seiner „Österreichischen Revolution“ versucht hatte³. Schon 1923 interpretierte er das Zusammengehen der antagonistischen Kräfte als ein Spiegelbild der objektiven Klassenverhältnisse, deren Negierung nur zum Nachteil für die österreichischen Arbeiter ausgegangen wäre. Das Eingehen einer Koalition mit den Bürgerlichen erschien ihm allerdings nicht nur aus innenpolitischen, sondern auch aus außenpolitischen Gründen ein Akt politischer Notwendigkeit. Indem er in krasser Schwarz-Weiß-Malerei die proletarische Revolution in den österreichischen Industriegebieten der nationalen Revolution in den slawischen Nachbarstaaten gegenüberstellt, spricht er den retardierenden Charakter vor allem des tschechoslowakischen Systems an, das seinerseits wiederum in engster Verbindung mit dem Ententeimperialismus stand. Diese Gleichzeitigkeit von bürgerlich-nationaler und proletarischer Revolution hätte in Österreich jedes sozialistische Experiment unmöglich gemacht, wie Bauer in seinem bekannten Brief an Bela Kun schreibt: Österreichs „militärische Lage“ sei eine ganz andere als die Ungarns, da sich „die Entente den Weg über Wien nach Tschechien und Polen nicht sperren lassen könne, da damit ihr ganzes politisches System zusammenbräche“⁴. In diesem Brief geht es um mehr

¹ Bauer, Otto: Zwischen zwei Kriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Preßburg 1936, S. 256.

² Kautsky, Karl: Die proletarische Revolution und ihr Programm. Berlin 1922, S. 106.

³ Bauer, Otto: Die österreichische Revolution. Wien 1923; Neuauf. Wien 1965.

⁴ Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Neues Politisches Archiv, Präsidialbestand (im folgenden HHStA, NPA, Präs.), Faszikel 262, Fol.397.

als bloß theoretische, taktische Erwägungen, um die Rechtfertigung der anti-kommunistischen Maßnahmen, die Bauer seit der Errichtung der ungarischen Räterepublik in verstärktem Maße traf. Bauer definierte in seiner „Österreichischen Revolution“ die Funktion der Sozialdemokratie dahingehend, daß sie den revolutionären Elan der Arbeiterbewegung abschwächen mußte, um nicht die Entente und die Nachbarstaaten geradezu zu zwingen, die österreichische Reaktion durch eine militärische Intervention zu stützen.

Bauers System des politischen Attentismus mit allen seinen Implikationen — Verhinderung vorzeitiger, aufreibender Kämpfe, Ausgestaltung der demokratischen Positionen als Kampfbasis für zukünftige Auseinandersetzungen bei Beibehaltung der sozialistischen Zielvorstellungen — erschien ihm 1919 nicht nur aus realpolitischen Überlegungen gerechtfertigt, sondern ist auch aus seiner historischen Beurteilung der demokratischen Revolution, die er in ihrer relativen Bedeutsamkeit würdigt, verständlich. Auch der Nationalismus, die nationale Revolution, wird als Fortschritt bewertet, als ein Weg zur Egalisierung der bis dahin allein der bürgerlichen Klasse vorbehaltenen kulturellen und politischen Errungenschaften. „Die nationale Revolution war zur Sache des Proletariats, die proletarische Revolution zur Trägerin der nationalen Revolution geworden“⁵. Die Übereinstimmung zwischen deutschnationaler und sozialdemokratischer Anschlußbegeisterung findet hierin ihre Begründung, in einer Argumentation, die letztlich vom Rekurs auf das republikanisch-revolutionäre Ziel der 1848er Revolution lebt.

Otto Bauer, der in seiner Monographie über die Nationalitätenfrage 1907 den „nationalen Revisionismus“, die Zerstörung der internationalen Klassensolidarität durch nationale Koalitionen verdammt, sieht sich 1923 genötigt, eben eine solche Koalition mit dem Hinweis auf die internationale Lage und den historischen Fortschritt, den sie brachte, zu verteidigen⁶. Dabei billigt er den slawischen Regierungen durchaus die gleichen Motive zu wie der österreichischen. „Sollte die moralische Autorität der neuen Regierungen groß genug sein“, um den Aufbau des Staatsapparates zu bewerkstelligen, „dann mußten die Regierungen aus Vertrauensmännern aller Volksschichten zusammengesetzt werden. So erklärt es sich, daß die neuen Regierungen in all den neuen Nationalstaaten damals aus den Vertretern aller großen Parteien der sich konstituierenden Nationen zusammengesetzt werden mußten“⁷. Bauer nimmt mit diesem Argument nur die Effizienz der Maßnahmen der Koalitionsregierungen zur Errichtung der bürgerlichen Demokratie zum Maßstab und fragt nicht mehr nach ihrer Bedeutung innerhalb des größeren Bezugsrahmens, daß die Errichtung des bürgerlichen Staates implizit der sofortigen Durchsetzung sozialistischer Zielvorstellungen im Wege stand. Es bleibt so die Frage offen, ob die sozialdisziplinierenden Aktivitäten, die die Koalition setzte, nicht auch einen

⁵ Bauer: Revolution 104.

⁶ Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. 2. Aufl. Wien 1924, S. 575 (Marx-Studien 2).

⁷ Bauer: Revolution 95.

Rückkoppelungseffekt auf die Schlagkraft der in ihrer Spontaneität stark beeinträchtigten Arbeiterschaft hatten⁸. Insbesondere bleibt unentschieden, ob der von Bauer ständig in seiner fortschrittlichen Bedeutung angesprochene staatstragende Nationalismus tatsächlich ein Herrschaftsinstrument für den ganzen Staat und die ihn konstituierenden Klassen war oder ob nicht die Konzentrierung auf die Errichtung der bürgerlichen Demokratie eine Funktionalisierung des Nationalismus bewirkte, die ihn in seiner tradierten Bedeutung wirksam werden ließ: als ideologisches Integrationsvehikel für die Aufrechterhaltung bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse.

Als durchaus fraglich bleibt somit die Grundthese Bauers, daß die Unterstützung der bürgerlichen Staatsgründung dem Proletariat zumindest die Basis für künftige Auseinandersetzungen erhalten habe. Als — zu überprüfende — Gegenthese kann daher formuliert werden, daß die aus taktischen und theoretischen Überlegungen getroffene Entscheidung zum Attentismus zu einer Verstrickung mit dem bürgerlichen Staats- und Herrschaftsapparat führte, die dem Bürgertum half, seine Positionen zu verstärken und die die Arbeiterschaft politischer Auseinandersetzung entfremdete.

Dabei muß die Frage nach der Berechtigung jener Argumente von vornherein unbeantwortet bleiben, die den Ententeimperialismus ins Spiel bringen⁹; der Schwerpunkt dieser Arbeit soll auf eine andere internationale Problematik, auf die Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei bzw. die Erörterung der sudetendeutschen Frage gelegt werden. Die Konzentrierung auf diese Problematik ist allein schon deshalb erfolgversprechend, weil die tschechische Forschung aufgrund der langjährigen Auseinandersetzungen, die sie um die Bedeutung der russischen Revolution, bzw. der Ententestaaten für die Gründung der Republik führte, einen guten Zugang zu den Fragen hat, die hier angeschnitten werden sollen. Tschechische Historiker weisen jede einseitige Betrachtungsweise zurück und betonen, daß die Oktoberrevolution wohl einen Einfluß auf die Erschütterung der gesellschaftlichen Zustände Europas hatte, durch die Ausschaltung der Sowjetunion für „Mitteleuropa als direkter politischer und militärischer Faktor“ der bürgerlich-westliche Einfluß aber einen starken Auftrieb erhielt¹⁰. Auf diese Weise „gelangte die tschechische nationale

⁸ Zur antikommunistischen Politik der Sozialdemokraten siehe *H a u t m a n n*, Hans: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien-Frankfurt-Zürich. 2. Aufl. 1971 (Europäische Perspektiven).

⁹ Siehe zu dieser Frage: *S c h m i d*, Georg E.: Amerikanische Österreichpolitik zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz. Die Coolidge-Mission und Aspekte der österreichischen Friedensregelung. Phil. Diss. Salzburg 1968. — *S t a d l e r*, Karl R.: Hypothek auf die Zukunft. Die Entstehung der österreichischen Republik 1918—1921. Wien-Frankfurt-Zürich 1968. — *H o f f m a n n*, Robert: Die Mission Sir Thomas Cuninghames in Wien. Britische Österreichpolitik zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz. Phil. Diss. Salzburg 1971; eben ist am Historischen Institut Salzburg unter der Leitung von Fritz Fellner eine Arbeit im Entstehen, die sich mit dem italienischen Einfluß auf die österreichische Friedensregelung beschäftigt: *Z e l g e r*, Karl: Die italienische Waffenstillstandskommission in Wien.

¹⁰ *D u b s k ý*, Vladimír / *K á r n í k*, Zdeněk: Die Anfänge des tschechoslowakischen Staates und die sozialistische Bewegung (1917—1923). In: Die Entstehung der Tsche-

Befreiungsbewegung in direkten Widerspruch zur russischen sozialistischen Revolution“, was die Legionäre angeht; aber auch in der inneren Befreiungsbewegung dominiert mehr und mehr die bürgerlich-nationale Richtung¹¹. „Die nationale Revolution wurde so zu einem Hindernis für das Vordringen der Oktoberrevolution zu uns¹².“ Die Interdependenz von nationaler Frage und demokratischer, bzw. — ebenso vereinfachend ausgedrückt — sozialistischer Politik erscheint unter den besprochenen Voraussetzungen eher in ihrer entwicklungshemmenden Funktion herausgearbeitet, wobei aber die relative Fortschrittlichkeit der bürgerlichen Staatsgründung hervorgehoben wird, die neue Möglichkeiten gibt, nationale Emanzipation und sozialen Fortschritt miteinander zu koppeln. Die auch von tschechischen Linkskräften als logische Folge der Staatsgründung betrachtete Einbeziehung der deutschen Gebiete in den Staat wird als akzeptable Lösung betrachtet.

Die sudetendeutsche Frage — in diesem theoretischen Rahmen als gelöst angesehen — erscheint für die Zeit der Republikgründung als besonders markantes Beispiel der Deformierung sozialer Konflikte durch die bürgerliche Form der Staatsgründung. Gerade die deutsche Sozialdemokratie „gelangte auf den national radikalsten Flügel der deutschen Politik“, die Mißverständnisse zwischen deutschen und tschechischen Sozialisten „führten sogar zum brudermörderischen Nationalkampf“¹³. Für die vorliegende Arbeit bietet diese sudetendeutsche Frage — neben der Behandlung der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen — ein zweites Untersuchungsfeld, das für die Beurteilung der Klassengegensätze und der sozialistischen Politik 1918/1919 besonders ergiebig erscheint. Die Interessenpolitik der einzelnen gesellschaftlichen Kräfte ist in diesem Bereich leichter durchschaubar als im gesamtnationalen Maßstab. Die Depossedierung des Bürgertums, seine doppelte: soziale und sozial-nationale Verunsicherung, das Debakel der „sudetendeutschen Freiheitsbewegung“, die integrative Funktion des Nationalismus und schließlich die Haltung der Sozialdemokratie, all dies wird mit dem ständigen Rekurs auf jene Interpretationen zu untersuchen sein, die Bauer in seinem Rechenschaftsbericht gibt.

Die Frage nach Ursache und Ursprung der sudetendeutschen Form des Faschismus kann dabei nur am Rande angeschnitten werden, da eine solche Frage eine Aufbereitung der gesamten Zwischenkriegszeit erfordert. Jedenfalls stellt sie sich von vornherein anders als dem Großteil der sudetendeutschen Historiographen, die nach dem Zuviel oder Zuwenig an Eingehen auf „nationale“ Ambitionen der Kleinbürger durch die deutsche Sozialdemokratie fragen¹⁴.

choslowakischen Republik und ihre international-politische Stellung. Zum 50jährigen Gründungsjubiläum der ČSR. Prag 1968, S. 105—134, hier S. 111 (Acta Universitas Carolinae. Philosophica et Historica 2—3, 1968, Studia Historica 1—II).

¹¹ E b e n d a 114.

¹² K ř í ž e k, Jaroslav: Die Oktoberrevolution in Rußland und das Entstehen der Tschechoslowakei. In: Mezinárodní konference k 50. Výročí Československé Republiky. Prag 11.—15. X. 1968. Communications. Roter Band, S. 78—101, hier S. 100.

¹³ D u b s k ý / K á r n í k : Anfänge 118.

¹⁴ Siehe dazu H o e n s c h, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918—1965. Stuttgart usw. 1966 (Urban Bücher 96).

Indem nationale Ideologien ausschließlich als mittelbare Ausdrucksform sozialer Prozesse verstanden werden, muß nach deren Verlauf gefragt werden, demnach nach der Schwächung jener Klassen und politischen Bewegungen, die ein objektives Interesse an der Verhinderung der faschistischen Machtergreifung und der Zerstörung der tschechoslowakischen Republik gehabt hätten¹⁵.

Die Liquidierung des Reichsverbandes und die Entstehung zwischenstaatlicher Beziehungen auf dem Boden der Monarchie

Die Überleitung der Zentralgewalt in die Hände der Nationalregierungen bedeutete bloß eine Unterbrechung der staatsrechtlichen Kontinuität, vollzog sich aber in den Monaten Oktober bis November 1918 in einer die gesellschaftlichen Zustände nicht besonders tangierenden Weise. Dies wurde nicht zuletzt deshalb möglich, weil sie nicht nur mit Wissen, sondern unter Beteiligung der alten Regierung geschah. Dabei ist es von relativ untergeordneter Bedeutung, daß die Politiker des alten Regimes in ihrem Liquidierungswerk anfangs noch von der Intention geprägt waren, nur eine innere Umgestaltung des Reiches im Sinne der Wilsonschen Forderungen durchzuführen¹⁶.

Immer streng im Rahmen der legalen Vorschriften verbleibend, vollzogen — zeitlich zumeist nach den slawischen Nationen — auch die Deutschen das Liquidierungswerk. Die Frage des staatsrechtlichen Verbandes wurde dabei weitgehend ausgeklammert und nur sehr langsam entwickelt sich die Einstellung auf jene internationale Lage, an deren Ende die früheren Provinzen als neue Staaten etabliert erscheinen. Im Programm der Sozialdemokraten, dem die bürgerlichen Parteien bis zum 9. Oktober zugestimmt hatten, ist noch die Rede von einer Zusammenfassung der deutschen Gebiete Österreichs zu einem Staate, „der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reich nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll“¹⁷. Am 24. Oktober beschloß der deutschösterreichische Staatsrat sogar, das Werk der Nationalisierung gemeinsam mit den übrigen Nationen durchzuführen: „Um den Frieden möglichst bald herbeizuführen, einen Bürgerkrieg zwischen den Nationen zu verhüten und die Volksernährung sicherzustellen, ist es notwendig, die Regierungsgewalt den Nationen zu übergeben“¹⁸. Doch die dafür in Aussicht genommenen Deputationsbesprechungen waren für die nächste Zeit nicht zu erwarten, weshalb der Kabinettsrat noch am 8. November beschloß, mit der

¹⁵ Siehe dazu Bachstein, Martin: Programmdiskussion und Krise in der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) in der Tschechoslowakischen Republik. BohJb 11 (1970) 308—323; Bachstein schreibt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei „vielleicht als einzige den entscheidenden Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei im Jahre 1935 hätte verhindern können“, S. 308.

¹⁶ Zeman, Zbyněk A.: Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches 1914—1918. Wien 1963, S. 229—231. — Rumppler, Helmut: Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918. Letzter Versuch zur Rettung des Habsburgerreiches. München 1966 (Österreich Archiv).

¹⁷ Bauer: Revolution 74.

¹⁸ Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien (im folgenden AVA), Staatsratsprotokolle 1918.

sich selbst als Liquidierungskabinettt verstehenden Regierung Lammasch zusammenzuarbeiten¹⁹. Für die Tschechen, die mit dem Kabinettt Lammasch nicht mehr als übergeordneter Instanz verhandelten, spielte dieses doch eine bedeutende Rolle, etwa im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 28. Oktober, als es „die fortschreitende Auflösung der alten Ordnung legalisierte“²⁰. Die letzte altösterreichische Regierung besaß de facto durchaus eine Bedeutung für die Liquidierung, die auch die Tschechen anerkannten: Seit Ende Oktober besaß Prag einen Vertreter in Wien, Vlastimil Tusar, der mit Liquidierungsaufgaben betraut war, wie auch Beneš bestätigte²¹. Tusar hatte z. B. über die Verfügung über jene vier Milliarden Kronen zu entscheiden, die den Rest des letzten durch den Reichsrat beschlossenen Kredits darstellten. In Verhandlungen zwischen dem deutschösterreichischen Nationalrat und Tusar wurde beschlossen, noch zwei Milliarden aus diesem Fonds für gemeinsame Aufgaben bei der Österreichisch-Ungarischen Bank zu beheben²². Weiters verdankte die internationale Liquidierungskommission ihre Etablierung der Zustimmung Tusars.

Das Zusammenwirken der neuen bürgerlichen Staaten ist verständlich wegen ihres Interesses nach Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der ungehinderten Fortführung jener gesellschaftlichen Zustände, auf denen sie die Republik basieren lassen wollten. Doch auch die Repräsentanten der alten Ordnung hatten im Herbst 1918 erkannt, daß es für sie um mehr ging als um das monarchische Prinzip und den halbabsolutistischen Staat und bekundeten ihren Willen zur Mitarbeit am Aufbau der bürgerlichen Umgestaltung. Auch ihren ganzen internationalen Einfluß bot die letzte österreichisch-ungarische Regierung zu diesem Zwecke auf und beschwor die Entente, doch die Gefahr zu sehen, die auch dem Westen Europas drohte, wenn sie das letzte Friedensangebot Andrássys, das die Auflösung der Monarchie involvierte, nicht annehmen sollten: „Wenn diese Zustände nur noch ganz kurze Zeit andauern, dürfte der Eintritt eines bolschewistischen Regimes auch bei uns unvermeidlich werden, und es steht wohl außer Frage, daß ein solches dann auch nach Westeuropa übergreifen würde. Die einzige Abhilfe gegen diesen dermaligen Freund und Feind gemeinsam bedrohende Gefahr wäre eine sofortige zustimmende Antwort unserer Gegner auf unser Waffenstillstands- und Friedensangebot“²³.

¹⁹ AVA, Kabinettsprotokolle 1918.

²⁰ O p o č e n k ý, Jan: Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der Kleinen Entente. Hellerau bei Dresden 1931, S. 427; Beispiele für die grotesk-komische Weise, in der sich die tschechische Machtübernahme manchmal abspielte, gibt B r ü g e l, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1918—1938. München 1967, S. 62.

²¹ B e n e š, Edouard: Souvenirs de guerre et de révolution (1914—1918). La lutte pour l'indépendance des peuples. Bd. 1. Paris 1928, S. 499—500. — Z e m a n : Zusammenbruch 237.

²² AVA, Kabinettsprotokolle, 4. November 1918.

²³ Andrassy, der letzte ö.-u. Außenminister in seiner Botschaft an Legationsrat von Skrzýnski für dessen Geheimverhandlungen mit Ententekreisen vom 31. Oktober 1918. HHStA, Poltisches Archiv, Faszikel 25/33, Subliasse Mensdorff, Fol. 428.

Die organisatorische Abwicklung der Liquidierung des Reichsverbandes und die zwischenstaatlichen Beziehungen nach dem Kriege

Mit der Ablehnung jeder Form der staatsrechtlichen Einheit der früheren Kronländer — die die österreichische Regierung offiziell erst sehr spät artikuliert — wurden die früher innerstaatlichen Fragen internationalisiert²⁴. Diese internationalen Fragen betrafen einerseits die territoriale Aufteilung, andererseits die früher gemeinsamen Angelegenheiten, wobei unter letzteren neben solchen der Liquidierung früher gemeinsamer juridischer Verbindlichkeiten auch solche zu verstehen sind, deren Entstehung erst aus dem Reichszerfall resultierte, wie Verkehrsfragen oder Wirtschaftsbelange. Grundsätzlich wurden alle diese Fragen von der Pariser Friedenskonferenz gelöst, bzw. unterstellten dies die Staatsmänner der alliierten und assoziierten Mächte. Das österreichisch-ungarische Reich hörte als internationales Rechtssubjekt erst mit der Unterzeichnung der Pariser Vorortverträge zu bestehen auf, wobei der Vertrag von Saint Germain nur in einigen programmatischen Teilen von der Theorie der Rechtskontinuität zwischen Alt- und Neuösterreich ausgeht, im übrigen aber alle Staaten als Rechtsträger der früheren Staatsgewalt begreift²⁵. Die internationale Anerkennung einzelner ehemals habsburgischer Gebiete als neue Staaten und deren Assoziierung mit der Entente verhinderte wohl die Aufstellung eines einzigen gemeinsamen Vertragswerkes, weshalb die Konferenz mehrere Verträge abfaßte, die in ihrer Gesamtheit das österreichisch-ungarische Vertragswerk darstellten²⁶.

Unabhängig von dieser völkerrechtlich allein verbindlichen Liquidierung gingen die betreffenden Staaten sofort nach dem Umsturz daran, die Nationalisierung aller Belange des früheren Reiches auf der Grundlage der neuen territorialen Einheiten zu betreiben, wobei für die organisatorische Abwicklung die Etablierung einer von allen Staaten beschickten Zentralkonferenz zur Lösung der früher gemeinsamen Belange in Wien besonders wichtig war²⁷.

²⁴ Die die weitere Zusammengehörigkeit mit den anderen Nationen endgültig aufkündigende Erklärung der österreichischen Regierung erfolgte erst am 21. November. Stenographisches Protokoll der 3. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich. Protokolle 1918—1919, I, S. 61—88, hier S. 66; auch die tschechische Verwaltung arbeitet noch bis Mitte November unter dem Rechtstitel einer österreichischen Behörde; selbst Masaryk spricht einmal davon, daß erst „in der Sitzung der Nationalversammlung am 14. November die Bande mit Österreich endgültig zerrissen“ wurden. Masaryk, Tomas Garrigue: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen. Berlin 1925, S. 422.

²⁵ Haas, Hanns: Österreich-Ungarn als Friedensproblem. Aspekte der Friedensregelung auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie in den Jahren 1918—1919. Bd. 1. Salzburg Phil. Diss. 1968, Kapitel 1—2.

²⁶ Hauptverträge waren jene von Saint Germain und Trianon, sie waren auch für die verbündeten Staaten verbindlich, dazu noch eine Anzahl von Sonderabkommen. Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye. Bd. 2. Wien 1919 (Stenographische Protokolle. Beilage 379); die Spezialabkommen: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919. Bd. 13. Washington 1947.

²⁷ Eine Sammlung der Protokolle der Gesandtenkonferenz liegt bei: HHStA, NPA, Präs. Fasz. 3.

Diese sogenannte „Gesandtenkonferenz“ besaß eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die reibungslose Überleitung vieler sozialer Verpflichtungen des alten Staates auf die Ebene der Nationalstaaten, insbesondere was die Beamten, Militärs und Pensionisten betraf. Die Gesandtenkonferenz hatte geringere Bedeutung für die Liquidierung des ehemals gemeinsamen materiellen Besitzes und für die Regelung der Bankangelegenheiten. Die durch die Friedenskonferenz beschlossene Nationalisierung der auf den neuen Staatsgebieten liegenden Staatsgüter beendete dieses Kapitel internationaler Liquidierung, wobei die für Österreich günstige Lösung auffällt, da es nicht, wie die slawischen Nachfolgestaaten, zur Ablöse dieses Staatseigentums zugunsten der Reparationskasse gehalten wurde, sondern in diesem Punkt als Rechtsnachfolger Altösterreichs galt. Territorialprobleme nahm die Gesandtenkonferenz nicht in Angriff; hier waren die gegensätzlichen Standpunkte allzu prägnant und eventuelle Lösungen konnten allzuleicht als Präjudizierung der Pariser Beschlüsse, bzw. als Anerkennung bestehender, als ungerecht empfundener Zustände aufgefaßt werden.

Die österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen spielten sich in diesem vorgezeichneten Rahmen ab. Diese Beziehungen waren, der internationalen Konstellation entsprechend, von einer gewissen Doppelgeleisigkeit gekennzeichnet, der Pariser und Wiener Ebene der Liquidierung. Die internationale Lage gab der tschechoslowakischen Regierung etwas mehr Chancen als der österreichischen, was die Anerkennung der Ansprüche in Paris anbelangt. Die Tatsache, daß die Tschechoslowakei als kriegführende Macht ihre Repräsentanten in Paris haben konnte, divergiert in augenfälliger Weise von der Behandlung Österreichs; sicherlich wurde aber die Möglichkeit der Einflußnahme der slawischen Politiker auf die Pariser Beratungen auf deutscher und österreichischer Seite überschätzt; was die für Prag günstigen Entscheidungen ausmachte, ist nicht in erster Linie auf das diplomatische Geschick von Beneš zurückzuführen, sondern auf die internationale Nachkriegskonzeption der Westmächte in bezug auf den Donaauraum²⁸. Außerdem hatten die österreichischen Politiker bei den Verhandlungen in Saint Germain durchaus die Möglichkeit einer Mitentscheidung und erreichten durch ihre geschickte Verhandlungsführung auch die Revision vor allem wichtiger wirtschaftlicher Bestimmungen. Auf der „Wiener“, bzw. „Prager“ Ebene waren die beiden Staaten vollkommen gleichberechtigt. Die intensive Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen — über Paris hinweg — trug sehr zur Festigung der neuen Ordnung bei.

Von den angeführten Entscheidungsebenen ist für die vorliegende Arbeit nur diejenige der eigentlichen Beziehungen zwischen Wien und Prag interessant; nur in Ausnahmefällen wird diese Grenze überschritten und auf die Pariser Verhandlungen ausgegriffen, wenn dies die kontinuierliche Darlegung des österreichisch-tschechoslowakischen Verhältnisses erfordert²⁹.

²⁸ Siehe dazu Prinz, Friedrich: Beneš und die Sudetendeutschen. In: Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. München 1967, S. 93—109, hier S. 98—104.

²⁹ Die internationale Frage behandelt Dagmar Perma n in erschöpfender Weise, was die diplomatischen Hintergründe der Gebietsabgrenzung anbelangt: The Shaping of

Die Begründung der Provinz Deutschböhmen und die allnationale Koalition der deutschböhmischen Parteien

Die Einrichtung des Landes Deutschböhmen stand in engstem Zusammenhang mit der Auflösung des habsburgischen Reiches; die Zerteilung der böhmischen Landesverwaltungscommission vom 26. September 1918 stellte noch einen Akt kaiserlicher Machtpolitik dar, der allerdings bedeutungslos blieb³⁰. Seit dem 21. Oktober besaßen die Deutschen in der Provisorischen Nationalversammlung eine Körperschaft, die auch die Interessen der Deutschböhmen vertrat. Die Vorstellung der neuen Regierung, der sich auch die deutschböhmischen Sozialdemokraten anschlossen, die Liquidierung in Gesprächen mit den Vertretern der Nationalstaaten durchzuführen, verhinderte vor der Erklärung der tschechoslowakischen Unabhängigkeit vom 28. Oktober die Ausrufung der deutschböhmischen Provinzgründung. Erst am 29. Oktober wurde in Wien durch die deutschböhmischen Abgeordneten im Wiener Parlament die Provinz begründet; vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien, da die Sozialdemokraten eine den tatsächlichen politischen Verhältnissen entsprechende Vertretung und den Ausschluß der Herrenhausmitglieder forderten, was ihnen auch zugebilligt wurde³¹.

Die Proklamation der deutschböhmischen Landesversammlung entspricht ganz den formaldemokratischen Prinzipien, die die Sozialdemokraten geltend machten:

„Wir vom deutschen Volke Böhmens auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes erwählten Abgeordneten haben uns zu dieser vorläufigen Landesversammlung vereinigt, um auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Beschlüsse der deutschösterreichischen Nationalversammlung in unserem Siedlungsgebiet eine geordnete Verwaltung aufzurichten und so unser Volk vor Fremdherrschaft und wirtschaftlichem Elend zu bewahren³².“

Um einen Begriff zu geben, wieweit sich dieses auf demokratische Grundsätze sich berufende Programm von gleichzeitigen bürgerlichen Vorstellungen unterscheidet, muß man sich den Wortlaut der Kundgebung der „Deutschen National-Sozialistischen Arbeiterpartei“ vom 20. Oktober vor Augen halten:

„Ungeheuer ist die wirtschaftliche und die völkische Not der Deutschen in unserem Lande. Zertrümmert ist das Reich, das durch deutsche Kraft gegrün-

the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia, 1914—1920. Leiden 1962 (Studies in East European History 7).

³⁰ Pacher, Rafael: Deutschböhmen wie es gesetzlich bereits besteht. Reichsratswahlordnung und Kreiseinteilung. Wien 1918.

³¹ Molisch, Paul: Die sudetendeutsche Freiheitsbewegung 1918/1919. Wien-Leipzig 1932, S. 22. — César, Jaroslav / Černý, Bohumil: German Irredentist Putsch in the Czech Lands after the First World War. Historica 3 (1961) 195—238, hier 211—212.

³² César, Jaroslav / Černý, Bohumil: Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918—1938 [Die Politik der dt. bürgerlichen Parteien in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918—1938]. Teil I: 1918—1929. Prag 1962, S. 63—64.

det und durch Jahrhunderte zusammengehalten wurde.“ Das Manifest fordert: „Die Heimkehr Deutschösterreichs zum großen deutschen Volk! Dann wollen wir mit der gesammelten Kraft des gesamten deutschen Volkes in Europa uns emporarbeiten, dort finden wir neue Bedingungen für unser Aufwärtstreben und die deutschen Arbeiter die besten sozialen Gesetze der Welt³³!“

Die Beschränkung der territorialen Ziele auf deutsches Gebiet stellt sich der DNSAP nur als notwendige Folge des militärischen und administrativen Zusammenbruches der Mittelmächte und nicht als freiwillige Entscheidung in bezug auf die ethnische Frage; gleichzeitig bietet sie aber auch eine Kompensation der Niederlage des Deutschen Reiches durch den Anschluß der deutschen Gebiete Österreich-Ungarns und wird außerdem nur als Übergangslösung auf dem Weg zu neuer Weltgestaltung Deutschlands konzipiert. Derartig eindeutige imperialistische Vorstellungen drückt das Programm der deutschböhmischen Landesregierung nicht aus, doch in der Wortwahl und in den entscheidenden Implikationen, die in seiner Diktion enthalten sind, beweist es eine starke Verwandtschaft mit dem radikalen Programm: Die Hypostasierungen der Begriffe „Selbstbestimmungsrecht“ und „Volk“, die Verwendung des Terminus „Fremdherrschaft“ verweisen auf einen ideologischen Bezugsrahmen, dessen Kernpunkt eine quasi-natürliche Gemeinschaft (das Volk) darstellt, die als ein nach innen homogenes Gebilde erscheint und deren Außenfeind in gleicher Weise konzipiert wird. Ideologiekritisch ist somit anzumerken, daß sich zumindest im Sprachgebrauch der Deutschböhmen — wie auch der österreichischen Sozialdemokratie — die realpolitische Lage der nationalen Einheitsfront unmittelbar niederschlägt. Wenigstens in ihren offiziellen Erklärungen nahm die Sozialdemokratie ebenso wie die bürgerlichen Parteien nicht mehr Bezug auf den sozialen Charakter der Auseinandersetzungen, sondern stellte sich auf den Standpunkt einer sozialintegrierenden Ideologie, des Nationalismus, ohne diese Position explizit als realpolitische Notlösung zu charakterisieren³⁴.

Deutsch-tschechische Ausgleichsversuche Oktober/November 1918

Die Begründung der Provinz Deutschböhmen bildete einen reinen Verwaltungsakt der Parlamentarier des ehemaligen Reichsrates und blieb — formalrechtlich gesehen — streng im Rahmen der Legalität. Auch für die deutsch-tschechischen Verhandlungen im Spätherbst blieb der staatsrechtliche Rahmen verpflichtend, innerhalb dessen sich die Umgestaltung des Reiches vollzog. Dies wird in den Darstellungen über die Unterhandlungen Lodgmans und Seligers

³³ Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916—1967. Überarb. u. erg. Neuauflage. Hrsg. im Auftrag der Ackermann-Gemeinde von Ernst Nittner. München 1967, S. 51—52.

³⁴ Zur theoretischen Klärung der Selbstbestimmungsproblematik siehe: Schmid, Georg E.: Selbstbestimmung 1919. Anmerkungen zur historischen Dimension und Relevanz eines politischen Schlagwortes. In: Versailles-St. Germain-Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren. Hrsg. v. Karl Bosl. München-Wien 1971, S. 127—142. — Ardelt, Rudolf G.: Inhalte und Strukturen des deutschnationalen Gedankengutes in Österreich (1918—1930). Salzburg Phil. Diss. 1969.

oft übersehen und die Tatsache verkannt, daß sich diese Sondierungen nur in engster Zusammenarbeit mit der deutschösterreichischen Regierung abwickeln ließen. Wohl hatte auch die neue Wiener Regierung Anfang November das Programm einer einvernehmlichen Liquidierung aufgegeben, doch wirtschaftliche Fragen und vor allem die Kohleversorgung erforderten die sofortige Anbahnung von Gesprächen. Sowohl für Wien als auch für die Deutschböhmen ging es in erster Linie darum, eine geordnete Verwaltung einzurichten. Das Zusammenwirken zwischen Reichenberg und Wien in diesen Fragen erwies sich bereits im Zusammenhang mit der privaten Vermittlungstätigkeit, die Lodgman von Auen Ende Oktober in Prag entfaltete. Lodgman hatte kein Mandat der Landesregierung, doch handelte er weder ohne deren noch ohne Wiens Wissen. Die österreichische Regierung ernannte ihn sogar am 31. Oktober zum Bevollmächtigten des deutschösterreichischen Staates in Prag, ein Amt, das er nicht antreten konnte und das überhaupt erst Monate später eingerichtet wurde³⁵.

In seinen Unterredungen mit dem tschechischen Vollzugsausschuß — deren Inhalt er genauestens der Landesregierung übermittelte — ging Lodgman auf die Frage der staatsrechtlichen Stellung Deutschböhmens gar nicht ein. Vielmehr kam es ihm darauf an, eine Art Stillhalteabkommen zu erreichen, das die beiden Rechtsstandpunkte nicht tangierte. In einem Abkommen wollte er vor allem den „Schutz der Person und des Eigentums“ erreichen, den „freien Verkehr auf den Eisenbahnen“ und die „bestehenden Post-, Telegrafien- und Telefonverbindungen“ garantieren, bzw. „die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte“ ermöglichen. Mit dem Appell an die Klassensolidarität der herrschenden Kräfte der beiden Nationen gegenüber den unterdrückten Kohlenarbeitern sollte die Notwendigkeit der Zurückstellung nationaler Belange augenfällig demonstriert werden: „Um das Übergreifen eines Aufstandes im Kohlenrevier zu verhindern, werden die beiderseitigen Vertreter die Belegschaft zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Arbeit auffordern“³⁶.

Alles spricht dafür, daß Lodgman zu diesem Zeitpunkt eine militärische Eroberung Deutschböhmens gar nicht befürchtete, sondern nur Angst hatte, daß soziale Unruhen letzten Endes doch zu einer de facto-Anerkennung der tschechischen Ansprüche durch deutschböhmische Kreise führen könnten. „Man wird ins Auge zu fassen haben, daß in dem Augenblicke, wo man sich von verschiedenen Punkten Deutschböhmens aus offiziell um die militärische Hilfe des tschechoslowakischen Staates bewirbt, die Stellung der Deutschen gegenüber diesem Staate praktisch und theoretisch verschoben wird, denn in dieser Inanspruchnahme liegt im Principe eine Anerkennung der tschechoslowakischen Armee und des tschechoslowakischen Staates“, meinte er Anfang November³⁷.

³⁵ AVA, Staatsrat vom 31. Oktober 1918; Staatsratsprotokolle 1918.

³⁶ Telegramm Lodgmans an die Reichenberger Landesregierung vom 31. 10. 1918. AVA, Archiv der deutschböhmischen Landesregierung (im folgenden DBLR), Fasz. 2.

³⁷ Gedächtnisprotokoll Pachers über Lodgmans Meinung, 3. 11. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 4; wie der Schrift zu entnehmen ist, dachte Pacher daran, die böhmische Liquidierung in ähnlicher Weise durchzuführen wie die gesamtösterreichische, d. h. die Statthaltereiliquidationsbehörde zu benutzen.

Soziale Unruhen mußten daher um jeden Preis verhindert werden; auch die Mission Seligers vom 4. November, in deren Verlauf das ominöse Wort von den Rebellen, mit denen man nicht verhandle, fiel, diente der Verhandlung über weitestgehende Zusammenarbeit bei Ausklammerung der nationalen Frage. Da aber Seliger „die Abgabe einer Erklärung, wonach Deutschböhmen bei Böhmen bleibt, verweigerte“, erreichte er nichts vom tschechischen Nationalausschuß, der seinerseits durchaus wußte, welche Mittel er aufgrund der Verfügungsgewalt über Lebensmittel und Kohle in der Hand hatte³⁸. Die deutschböhmisches Regierung war daher gezwungen, zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und somit des nationalen Programms das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Wien und Prag bzw. der Unterredungen mit der Deutschen Reichsregierung abzuwarten.

Deutschböhmen und das Deutsche Reich im Spätherbst 1918

Für die Entwicklung der deutschböhmisches Frage war es von entscheidender Bedeutung, wie sich die Regierung des Deutschen Reiches zur tschechoslowakischen Staatsgründung verhielt. Die Deutschböhmen waren von Anfang an auf engste Zusammenarbeit mit Berlin und Dresden bedacht, und es stimmt keineswegs, daß „die Sudetendeutschen nur auf dem Umweg über die Zugehörigkeit zu Deutschösterreich zu der Forderung des Anschlusses an Deutschland kamen“³⁹. Deutschböhmisches Politiker versuchten schon Wochen vor dem Zusammenbruch der Mittelmächte deutsche Reichsstellen für ihre Sache zu interessieren. Auch im Deutschen Reich sahen zumindest nationalbewußte Kreise in einem Gewinn der deutschen Randgebiete der böhmischen Kronländer die Möglichkeit einer Kompensation für den Verlust deutschen Territoriums. „Was aus Deutsch-Böhmen im besonderen wird, hat für Sachsen ein viel unmittelbarer Interesse als das schönste Luftschloß in Litauen“ melden die „Leipziger Nachrichten“⁴⁰. Der österreichisch-ungarische Gesandte, der dies kolportiert, fügt hinzu, „daß sowohl Preußen wie Sachsen und Bayern nicht nur nichts gegen eine Einverleibung ihres respektiven deutschen Nachbarn in Böhmen in ihr diesbezügliches Staatsgebiet einzuwenden hätten, sondern daß sie viel mehr die Acquisition der in Frage kommenden, zum großen Teil sehr reichen Landstrecken mit großer Befriedigung begrüßen würden“. Und über die Deutschböhmen schreibt er, daß sie „schon heute nach Deutschland nicht nur hinüberäugeln, sondern es entschieden anstreben, in Zukunft dem Deutschen Reiche anzugehören“. Weiters gibt er seiner Vermutung Ausdruck, daß aufgrund des österreichisch-ungarischen Waffenstillstandsangebotes die Möglich-

³⁸ Bericht Seligers in der Sitzung der Landtagsabgeordneten vom 5. 11. 1918; Seliger kolportierte in dieser Sitzung den Ausspruch Rašíns nicht. AVA, DBLR, Fasz. 42, Landesrat/Sitzungen 1918/1919, S. 2; erst am 10. November erwähnte Seliger die Bemerkung in einer Agitationsversammlung.

³⁹ Franzel, Emil: Die sudetendeutsche Politik 1918—1919. Don 5 (1960) 213—227, hier 216.

⁴⁰ Bericht von Baron Braun an das Wiener Außenamt, 29. 11. 1918. HHStA, Politisches Archiv, Krieg 74, Fol. 18.

keit eines Zusammenstoßes zwischen tschechischen und reichsdeutschen Truppen an der sächsischen Grenze nicht ausgeschlossen sei⁴¹.

Auch die in Wien sitzenden Militärs, allen voran der deutsche Botschafter Graf Botho Wedel, zogen seit Ende September Unruhen in Deutschböhmen in Betracht und sprachen sich für vorbereitende Maßnahmen des Militärs für einen eventuellen Eingriff aus⁴². Deutschböhmische Politiker waren von diesen Plänen unterrichtet (Langenhan), für die Gespräche mit Wedel vom 14. Oktober ergriffen sie schon selbst die Initiative. Deutschnationale und Christlich-soziale erörtern dabei den Einmarsch deutscher Truppen in Deutschböhmen im Falle politischer Änderungen und sozialer Unruhen⁴³; Graf Wedel berichtete über diese Sitzungen nach Berlin⁴⁴. Der Prager deutsche Konsul Gebstättel allerdings, dessen protschechische Haltung aus der Befürchtung vor tschechischen Repressalien gegen reichsdeutsche Staatsbürger in Prag resultierte, bezog nach dem 28. Oktober eine völlig andere Position und intervenierte in Berlin für eine möglichst zuvorkommende Behandlung der Prager Interessen⁴⁵. Der deutsche Staatssekretär Solf unterstützte Gebstättels Vorstellung, nicht zuletzt unter Einfluß von Viktor Adler⁴⁶. Indirekt bedeutete dies ein Fallenlassen deutschböhmischer Anschlußpläne durch Berlin, da, wie Gebstättel ausführte, es die Tschechen an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen hätte, wenn Berlin „die Bestrebungen der Deutschböhmen, sich an Deutschland anzuschließen, unterstützt“ hätte⁴⁷. Dies lag allerdings nicht im Interesse der deutschösterreichischen Regierung, deren Delegation (Langenhan, Schreiter, Fink) vom 22.—23. Oktober in Berlin unter anderem auch über deutschböhmische Belange unterhandelte, wobei die zurückhaltende Position sowohl der Reichs- als auch der sächsischen Regierung auffiel⁴⁸. Auch die Anfang November zwischen der sächsischen sozialdemokratischen Regierung und deutschböhmischen Politikern stattgefundenen Gespräche verliefen ergebnislos; sie waren übrigens nicht ganz im Sinne Wiens verlaufen, da Lodgman mit dem Hinweis auf die in Aussig ausge-

⁴¹ E b e n d a, Fol. 19.

⁴² G a j a n, Koloman: Deutschland und die Entstehung der ČSR. In: Mezinárodní Konference, Blauer Band, S. 1—15, hier S. 5—6.

⁴³ E b e n d a 7. — K o g a n, Arthur: Germany and the Germans of the Hapsburg Monarchy on the Eve of the Armistice 1918: Genesis of the Anschluss Problem. JCEA 20 (1960) 24—50, hier 35.

⁴⁴ B r ü g e l: Tschechen 54—56.

⁴⁵ B r ü g e l, Johann Wolfgang: Deutschland und die Tschechoslowakei 1918—1926. In: Mezinárodní Konference, Roter Band, S. 14—34, hier S. 14—16.

⁴⁶ E b e n d a 15; Adler zog vor Abschluß des Waffenstillstandes in Unterhandlungen mit deutschen Militärs und Diplomaten ein Verbleiben reichsdeutscher Truppen in Österreich zur Verhinderung bolschewistischer Aufstände in Erwägung; erst nach dem Waffenstillstand wies er deutsche Einmarschabsichten in Tirol, Salzburg und Deutschböhmen entschieden zurück. W a g n e r, Bruno: Der Waffenstillstand von Villa Giusti. Wien Phil. Diss. 1970, S. 302—321.

⁴⁷ B r ü g e l: Deutschland 15.

⁴⁸ G a j a n: Deutschland 7; über den Aufenthalt der Delegation in Dresden berichtet Baron Braun an das Wiener Außenamt am 28. 10. 1918. HHStA, Politisches Archiv, Krieg 64, Folie 10.

brochenen Unruhen Reichstruppen zum Einmarsch bewegen wollte. Adler intervenierte sofort beim deutschen Botschafter gegen eine solche Grenzverletzung, da sie den Bestimmungen des Waffenstillstandes von Villa Giusti widersprach und die Gefahr eines Eingreifens der Ententemächte heraufbeschwor⁴⁹.

Die Lage an der Grenze — insbesondere die auftretenden sozialen Unruhen — nahm auch die tschechische Regierung zur Kenntnis und befürchtete internationale Komplikationen; die Statthalterei Prag wies in einem Rundschreiben an die Bezirkshauptmannschaften vom 7. November diese an, jede Einmischung von seiten Bayerns, Sachsens oder Preußens sofort zu berichten⁵⁰. Ihre Befürchtungen waren unbegründet, da die sächsische Regierung keine Ambitionen hatte, in die nationalen und sozialen Belange Böhmens verwickelt zu werden, und man zur Beruhigung der Grenzbewohner sogar publik machte, daß „die Tschechoslowaken Ruhe halten und auch mit den Deutschböhmen ein Einvernehmen auf friedlicher Grundlage gefunden haben. Bis auf einige in den letzten Tagen stattgefundenen Ausschreitungen in Aussig, die aber lediglich auf den Mob zurückzuführen sind, herrscht Ordnung“⁵¹. Lodgmans Programm, mit seinen Hilferufen reichsdeutsche Stellen zum Eingreifen zu bewegen, damit die Deutschböhmen nicht zu Verhandlungen mit den Tschechen gezwungen würden, hatte angesichts dieser Haltung deutscher Regierungen keine Chance auf Realisierung. Die deutschen offiziellen Stellen hatten durchaus erkannt, daß, wie Lodgman am 12. November an den Reichskanzler telegraphierte, „die Widerstandskraft der deutschböhmischen Bevölkerung wesentlich von der Unterstützung des Deutschen Reiches in der Ernährungsfrage abhängt, zumal der tschechoslowakische Staat alle Versuche macht, in die Reihen Deutschböhmens durch verlockende Schilderungen der wirtschaftlichen Lage des tschechischen Staates Verwirrung zu bringen“⁵². Sie begrüßten solche deutsch-tschechischen Annäherungen geradezu und vermochten — wie Konsul Gebsatel — „die Besorgnis hinsichtlich der Entwicklung in Böhmen nicht zu teilen“⁵³.

⁴⁹ Br ü g e l : Tschechen 54 Anm. 61; im Staatsrat vom 6. 11. 1918 wurde außerdem ausdrücklich abgelehnt, Truppen des Deutschen Reiches zur Bekämpfung tschechischer Besetzungen aufzufordern, wie dies der deutschnationale Staatsrat Wolf gefordert hatte. AVA, Staatsratsprotokolle 1918.

⁵⁰ AVA, DBLR, Fasz. 3, Liasse November 1918, Dpt. I 3401—5000.

⁵¹ Communiqué des deutschen Generalkommandos in Dresden, Bericht Baron Brauns an das Außenamt Wien vom 5. 11. 1918, HHStA, Politisches Archiv, I/841, 41, Fol. 11; am 6. 11. beschloß die sächsische Regierung sogar, deutschböhmischen Flüchtlingen im Falle ausbrechender Unruhen in Böhmen den Grenzübertritt nach Sachsen zu verwehren. Eine diesbezügliche Verordnung brachte Baron Braun in Wien zur Kenntnis, Otto Bauer übermittelte sie der Landesregierung in Reichenberg. AVA, DBLR, Fasz. 3, Dpt. I 3401—5000.

⁵² AVA, DBLR, Fasz. 7; im Telegramm wird Bezug auf die eben getroffene Anschlußentscheidung in Wien genommen.

⁵³ Br ü g e l : Tschechen 58 Anm. 67.

*Die Haltung der deutschböhmischen Bevölkerung bis zur Besetzung des Landes
durch tschechoslowakische Truppen*

Beeinflusst durch die jeweilige Gegenwartsbedeutung, die den sudetendeutschen Ereignissen in der politischen Argumentation zukommt, beurteilt sowohl die sudetendeutsche staatsrechtlich orientierte Literatur in der Bundesrepublik als auch die tschechoslowakische Historiographie der Novotný-Ära die Haltung der deutschböhmischen Bevölkerung 1918/1919 in vereinfachender Weise. Das Bestreben, an einem als ungefährlich erscheinenden Punkt der sudetendeutschen Entwicklung anzusetzen, bzw. andererseits eine kontinuierliche Linie antitschechischer sudetendeutscher Politik vom ersten Weltkrieg bis zur Henleinbewegung zu konstruieren, ermöglicht nicht einmal jene differenzierte Betrachtung, wie sie auf deutschnationaler Seite schon in den dreißiger Jahren möglich war⁵⁴.

Doch auch eine Heranziehung von Originalquellen erlaubt nur sehr vorsichtige Rückschlüsse auf die Haltung der Bevölkerung, die wesentlich schwieriger zu erfassen ist als die Aktivität der Landesregierung, die anhand der Erlässe und administrativen Arbeit rekonstruiert werden kann. Keinesfalls können die offiziösen Erklärungen der Landesregierung als Beweismaterial für den Stand der öffentlichen Meinung gelten, da sie nur einen Zustand nationaler Einmütigkeit suggerierten, den Reichenberg für wünschenswert hielt. Für den Historiker ist es wichtig, „nicht nur das Wollen und die bei den Akten liegenden getroffenen Maßnahmen einer Regierung zu werten“, sondern zu prüfen, „wieweit sich diese Verordnungen auch in die Tat umgesetzt haben, in welchem Maße das Volk dadurch erreicht und gelenkt wurde“⁵⁵. Mit eben der gleichen Vorsicht sind auch die aus dem amtlichen Verkehr der Landesregierung mit untergeordneten Behörden erwachsenen Schriftstücke zu beurteilen, da sie, etwa was die sehr informativen Berichte der Bezirksnationalräte anbelangt, nur Einblick in die Gesinnung einer relativ kleinen Gruppe bieten, die schon aus dienstrechtlichen Gründen prodeutschböhmisch eingestellt war. Zeitungsartikel artikulieren ebenso nur die Meinung einer Minderheit, geben aber durch die verschiedenartigsten Einflüsse, die auf die Presse einwirken, ein verhältnismäßig uneinheitliches Bild von den Ereignissen, was ihren Quellenwert erhöht⁵⁶. Vollends auf generalisierende Aussagen angewiesen ist man bei der Zuordnung einzelner politischer Programme zur Sozialschichtung. Der Versuch, die unnationale Haltung der Sudetendeutschen mit dem Rekurs auf Molisch und seine Charakterisierung industrieller Kreise zu belegen, kann nicht

⁵⁴ Etwa bei Molisch: Freiheitsbewegung; typisch für die sudetendeutsche staatsrechtliche Literatur ist: Rabl, Kurt: Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/1919. Materialien und Dokumente. München 1958 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 3).

⁵⁵ Dengler, Gerhard: Die „Reichenberger Zeitung“ 1918/1919. Ein Beitrag zur Geschichte der sudetendeutschen Presse. Frankfurt/Main 1940, S. 73.

⁵⁶ Dengler: Reichenberger Zeitung schreibt, daß das von ihm untersuchte Blatt vor Jahresende 1918 keine Führungsposition im nationalen „Abwehrkampf“ gespielt habe, sondern als Auftragspresse die verschiedenen Standpunkte referierend brachte.

wirklich befriedigen⁵⁷. Die Trennung in „zwei Seelen“, wie sie Dengler in der Reichenberger Zeitung wahrzunehmen glaubt, in den „nationalistischen Teil der Bevölkerung“ und in einen verständigungsbereiten der Industrie, beweist nur das Unvermögen, die Interessen, wie sie in der Zeitung seit November vertreten wurden, differenzierter zu beurteilen⁵⁸. Aufgrund des fast völligen Fehlens einschlägiger Quellen ist die Haltung der Arbeiterschaft am schwierigsten zu erschließen; keinesfalls können die diesbezüglichen Erklärungen der sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre unkritisch übernommen werden.

Aus den Quellen wird vor allem eines klar, daß eine Differenzierung bezüglich der Haltung der Deutschböhmen auch zeitspezifisch vorgenommen werden muß. Die Einstellung aller sozialen Schichten der Deutschen bildet keine Kontinuität vom November 1918 bis September 1919, sondern ist einem mehrfachen Wandel unterworfen, der sich sowohl auf das Verhältnis zum tschechoslowakischen Staat als auch zur Landesregierung bezieht. Anfang November 1918 wurde die Haltung der Deutschböhmen wie der Landesregierung durch die „Sicherstellung der Ernährung“ und der Versorgung „mit den dringendsten Bedarfsgegenständen“ bestimmt, wie Lodgman vor der deutschböhmischen Landesversammlung am 28. Dezember 1918 in Wien „die vornehmste Sorge der Landesregierung“ charakterisierte⁵⁹. Auch in der Reichenberger Zeitung stand zu dieser Zeit die „Ernährungsfrage im Mittelpunkt des Interesses“⁶⁰. Das zweite Problem bildete die um sich greifende „soziale Gärung“, über die Lodgman in beschwichtigender Weise ausführte: „Es ist ja richtig, daß es in der ersten Zeit des Umsturzes an verschiedenen Orten zu Ausschreitungen und Plünderungen gekommen war“⁶¹. Die Öffentlichkeit war von den Plünderungen und Unruhen wesentlich stärker berührt als Lodgman zugibt. Am 8. November etwa langte in Reichenberg ein Telegramm aus Friedland ein, in dem zum Schutz gegen Plünderungen preußisches Militär aus Görlitz angefordert wurde. Am 10. November erfolgte ein großer Bericht über die Ausschreitungen, aus dem die Beunruhigung der besitzenden und beamteten Klasse hervorgeht⁶². Am 9. November schreibt die Reichenberger Zeitung: „In Deutsch-Böhmen herrscht heute offensichtliche Anarchie und schon mahnen die Vorgänge in Teilen des Landes an die russische Revolution“⁶³.

In dieser Situation erfolgte die Gründung der deutschböhmischen Provinz von Wien aus, ein reiner Verwaltungsakt, von dem die Bevölkerung eine Woche lang nicht erfuhr, weil es die Landesregierung verabsäumt hatte, eine Presse-

⁵⁷ Br ü g e l : Tschechen 71—75.

⁵⁸ D e n g l e r : Reichenberger Zeitung 102.

⁵⁹ L o d g m a n von Auen, Rudolf: Für die Selbstbestimmung Deutschböhmens. Rede als Landeshauptmann vor der deutschböhmischen Landesversammlung am 28. Dezember 1918 in Wien. Abgedruckt in: Lodgman von Auen: Reden und Aufsätze. Festgabe zum 77. Geburtstag des Sprechers der sudetendeutschen Landsmannschaft. Hrsg. v. Albert Karl Simon. München 1952, S. 46.

⁶⁰ D e n g l e r : Reichenberger Zeitung 70.

⁶¹ L o d g m a n : Selbstbestimmung 47.

⁶² AVA, DBLR, Fasz. 20.

⁶³ D e n g l e r : Reichenberger Zeitung 75.

stelle einzurichten⁶⁴. „A more detailed inquiry into the actions of German politicians from the Czech Lands brings out the rather surprising fact that the majority of such actions were poorly organized and carried through with remarkably little energy and enthusiasm⁶⁵.“ Die deutsche Bürgerschaft war durch den Zusammenbruch der bisherigen Ordnungsmacht und durch die soziale Entwicklung so verunsichert, daß die Landesregierung keine besondere Begeisterung für ihre Tätigkeit erwarten konnte, wo sie die Lage durch ihren nationalen Anspruch noch komplizierte. Die Verhandlungen mit den Tschechen Anfang November wurden in weiten Kreisen befürwortet, wobei der Landesregierung mehrmals das Mandat abgesprochen wurde, eigenmächtige Entscheidungen in bezug auf die Errichtung einer staatsrechtlich von Prag unabhängigen Region zu treffen. Schon vor der tschechoslowakischen Staatsgründung gab es in der Reichenberger Zeitung Stimmen, die auf das gemeinsame Interesse von Deutschen und Tschechen hinwiesen: „Die überhitzte Phantasie, welche der deutschen Politik auf der Höhe ihrer Waffenerfolge schon viel geschadet hat, läßt jetzt einen Bürgerkrieg voraussehen. Unsinn! Die Tschechen sehnen sich genau so nach Ruhe, wie wir. Nicht Schützengräben an den Sprachgrenzen müssen wir aufwerfen, sondern eine geschickte, politische Taktik einschlagen, müssen einleuchtende Kundgebungen erlassen, einstimmige Beschlüsse fassen und vor allem kluge und vertrauenswürdige Vertreter für die kommenden Verhandlungen suchen⁶⁶.“ Dieser „glatte Hochverrat an der deutschen Sache“ steht für Dengler beispielhaft für die Haltung der Industriellen, wobei er nicht begreift, wie sehr nicht nur diese, sondern alle bürgerlichen Kreise von antibolschewistischen Vorstellungen durchdrungen waren. Zweifellos waren die industriellen Kreise aufgrund ihrer klaren Klasseninteressen die wachsamsten Beobachter der sozialen Entwicklung und forderten deshalb die Verständigung mit Prag „unter einstweiliger Zurückstellung der staatsrechtlichen Fragen“⁶⁷. Sie zeigten sich auch unbefriedigt über die Verhandlungsführung der „Reinpolitiker“ und forderten die Beiziehung von Industrievertretern beider Nationen, wodurch die Verhandlungen zu einem baldigen Ausgleich gebracht würden: Auf einer Versammlung deutschböhmischer Industrieller Anfang November in Trautenau „wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß, wenn der Ausgleich nicht sehr schnell von oben, also von den jetzt maßgeblichen Persönlichkeiten der tschechoslowakischen und deutschböhmischen Regierungen zustande kommt, von unten herauf, also von den Arbeitern usw. Selbsthilfe geübt wird und was dies für uns alle bedeutet, ist ja nicht zu bezweifeln. Denn so wie sich die Verhältnisse jetzt in der deutschböhmischen Industrie zuspitzen, kommen wir unbedingt einer Katastrophe entgegen⁶⁸.“

⁶⁴ E b e n d a 71—73.

⁶⁵ C é s a r / Č e r n ý : German Irredentist Putsch 210.

⁶⁶ D e n g l e r : Reichenberger Zeitung 67.

⁶⁷ In diesem Sinne „sprach sich am 8. November der Präsident der Reichenberger Industrie- und Handelskammer aus. E b e n d a 98.

⁶⁸ Dies berichtet die Firma Julius Bendix aus Qualisch, indem sie sich damit identifiziert. AVA, DBLR, Fasz. 24.

„Arbeiter usw.“ und „für uns alle“: Hier wird an die Landesregierung eindringlich appelliert, ihr politisches Konzept unter dem Gesichtspunkt der Klassensolidarität zwischen Groß-(Industrie-) und Klein-(Beamten-)bürgertum der Deutschen und der Tschechen neu zu überdenken. Die Verunsicherung des mittleren Bürgertums — auf deren Zusammenarbeit die Industriellen hofften — wird aus vielen Berichten an die Landesregierung ersichtlich. So schreibt der Bezirksnationalausschuß Tachau nach Reichenberg:

„Leider ist der Großteil der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung vielfach durch unsere heimkehrenden deutschen Soldaten verhetzt, und durch die Sorge um die Ernährung und Versorgung mit Bedarfsartikeln und durch das bisherige Nichtfunktionieren der deutschen böhmischen Regierung, die herrschenden Unruhen in Deutschböhmen und die überaus ungünstigen Waffenstillstandsbedingungen, endlich durch die wirtschaftlichen Beziehungen unseres Gebietes zum tschechischen Böhmen beeinflusst und bei dem vielfachen Mangel eines wirklichen Nationalbewußtseins von der Meinung und dem Glauben erfaßt, daß uns Deutschböhmen gar nichts anderes übrig bleibe, als der Anschluß an den tschechoslowakischen Staat, ja ein Großteil der Bevölkerung will ihn sogar, und zwar mit der Begründung, daß es der Bevölkerung in demselben besser ergehen werde⁶⁹.“

In einem großen „Memorandum deutscher politischer Beamter an die deutschböhmisches Landesregierung“ vom 20. November klingt etwas Ähnliches an. Die Beamten sprechen sich darin ausdrücklich gegen „die Emanzipation von Prag“ aus, da „diese beim derzeitigen Stande der Dinge einen vollkommenen Zusammenbruch der Volksernährung in Deutschböhmen bedeute“. Es sei ihnen „ein erklärtes Hinneigen zu Prag oder Reichenberg“ unmöglich, weil dieses „den Niederbruch der leidlichen Ordnung brächte, welcher zweifellos zum Schaden der deutschen Bewohner ausfiele“. Aus diesen Gründen lehnten sie für sich jede eigenmächtige Aktion ab, schoben die Verantwortung auf die Landesregierung ab, von der sie eine Regelung der „durch die dermalige doppelte Repräsentanz der Landeshoheit geschaffenen Unsicherheit der administrativen Rechtsverhältnisse“ durch Verhandlungen mit Prag bzw. zwischen Prag und Wien forderten⁷⁰. Die Beamten waren durch die Rundschreiben ihrer bisherigen Oberbehörde, der Statthalterei, verunsichert, die ihnen jede Zusammenarbeit mit Reichenberg verboten hatte und für den Fall der Nichtbefolgung des Verbots „vollständige Anarchie in der Verwaltung insbesondere auch in den Ernährungsverhältnissen“ vorausgesagt hatte⁷¹. Außerdem waren die Beamten wegen der Entwicklung ihrer dienstrechtlichen Stellung beunruhigt, da die Landesregierung auf dem Höhepunkt ihrer Macht erklärt hatte, „auf Beamte, welche ihrer Warnung entgegen sich dem tschechoslowakischen Staat verpflichten, keine Rücksicht zu nehmen“⁷². Demgegenüber betonten die Be-

⁶⁹ Schreiben vom 8. 11. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 3.

⁷⁰ AVA, DBLR, Fasz. 3.

⁷¹ Rundschreiben der Statthalterei vom 6. und 11. November, unterzeichnet mit Schoenborn und Kosina. AVA, DBLR, Fasz. 3. — M o l i s c h : Freiheitsbewegung 33—34.

⁷² Order vom 10. 11. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 42.

amten in ihrem Memorandum, daß diese Frage „nicht mit dem einfachen Hinweis auf die Staatsbürgerschaftspflicht abgetan werden könne“⁷³.

In allen genannten Berichten und Stellungnahmen wurde die Landesregierung aufgefordert, durch Verhandlungen zu einer provisorischen Regelung zu kommen. Die Frage einer militärischen Verteidigung gegen die Tschechen stand — mit Ausnahme im Egerland — gar nicht zur Diskussion⁷⁴. Doch dies besagt noch nichts über die grundsätzliche Einstellung der Bevölkerung zum Problem der Eingliederung in den tschechoslowakischen Staat, eine Frage, die zu diesem Zeitpunkt nicht als aktuell betrachtet wurde. Implizit stimmten sowohl Industrielle als auch einige Bezirksnationalräte einem Verbleiben bei Böhmen zu, wenn dies allein die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe gewährleisten konnte. Von einem Großteil der Bevölkerung dürfte die Landesregierung zu diesem Zeitpunkt als jene politische Instanz betrachtet worden sein, über die und mit der man eine Lösung der staatsrechtlichen Frage erreichen konnte, die eine Kontinuität der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglichte.

Administrative und politische Arbeit der deutschböhmisches Landesregierung bis Jahresende 1918

Trotz der Meldungen über die bedenkliche soziale Entwicklung fühlte sich die Landesregierung von Deutschböhmen nicht veranlaßt, ihr nationalpolitisches Programm zu revidieren, auch nicht, nachdem die Verhandlungen mit Berlin und Prag ergebnislos verlaufen waren. Sie ging an den inneren Aufbau der Provinz und an die Ablösung der Verwaltung von Prag. Regierung und autonome Behörden bemühten sich sofort um den Aufbau einer neuen militärischen Formation — die alten Truppenkader befanden sich im Zustande der Liquidation —, wobei betont wurde, daß es sich bei den diesbezüglichen Gesprächen „ausschließlich um die Beratung von gewissen Maßnahmen provisorischen Charakters handeln könne, die zum Schutze der Personen und des Eigentums erforderlich seien“⁷⁵. Beim „Schutz der Heimat“ — so begründet die Landesregierung in einem Aufruf an die Bevölkerung den Aufbau der Volkswehr — „muß man nicht in erster Linie an einen Feind von außen denken. Auch durch unlautere Elemente, die es überall gibt, durch Exzesse, Ausschreitungen und dergleichen kann die Heimat, können Eure Kinder, Eure Angehörigen in Gefahr gebracht werden“⁷⁶. Auch in den Instruktionen für die Volkswehr vom 29. November ist in erster Linie „die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe, der Schutz der persönlichen Sicherheit jedes Staats-

⁷³ AVA, DBLR, Fasz. 3.

⁷⁴ Einige Egerländer Verbände forderten eine wirksame Verteidigung und eine Ersetzung des „Notbehelfs der Volkswehr durch eine wirkliche Wehrmacht, die verhindern kann, daß der tschechische Militarismus in Deutschböhmen für die Friedenskonferenz fertige Tatsachen schafft“. Deutscher Ortsrat Eger an das deutschböhmisches Militärkommando in Leitmeritz, 28. 11. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 6.

⁷⁵ Sitzung des Bezirksausschusses und einer Vertretung der Stadt Reichenberg unter dem Vorsitz von Seliger, 1. 11. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 2.

⁷⁶ Aufruf vom 3. 11. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 2.

bürgers“ vorgesehen, erst dann der „Schutz der verlangten völkischen Freiheit und die Sicherheit des für unsere wirtschaftliche Zukunft entscheidend wichtigen Staatseigentums“⁷⁷. Tatsächlich erfüllte die Volkswehr weder den einen noch den anderen Zweck, sondern bildete einen Sammelplatz für jene Soldaten, die den Weg zurück in die bürgerlichen Berufe nicht fanden⁷⁸. Sie war demnach eine besondere Form der Sozialfürsorge und erfüllte indirekt den Zweck einer Kontrollinstanz für die für sozialrevolutionäre Vorstellungen aufgeschlossenen Unbeschäftigten. „Man mußte schon zufrieden sein, wenn die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Berufenen selbst kein Unheil anrichteten“⁷⁹.

Die Bürgerschaft und die Landesregierung mußten zu echten Selbsthilfemaßnahmen greifen, um den Gefahren zu begegnen, die soziale Unruhen in sich bargen. In den Volksräten, die in den meisten Orten entstanden und als allnationale Koalitionen gebildet waren, schufen sie sich ein derartiges Kontrollorgan. Die Volksräte „owed their rise to the stormy times at the end of the War and during the overthrow of the Austrian State power, so that they were really the product of a revolutionary period. They had, however, very little of the revolutionary spirit about them. They were dominated by the bourgeoisie, while the proletariat, moderated by reformists, were content to play the second fiddle“⁸⁰. Den Volksräten übergeordnet waren die Bezirksnationalausschüsse (Bezirksnationalräte), die an die Seite der Bezirkshauptmannschaften traten und die ausgesprochen politische Aufgaben zu übernehmen hatten⁸¹. Die Landesregierung stützte sich in ihrer Verwaltung hauptsächlich auf diese neuentstandenen Organisationen, denen auch die Volkswehr unterstellt war. Die Berichte der Bezirksnationalräte nach Reichenberg geben den Eindruck einer durchaus funktionierenden Zusammenarbeit⁸²; diese Zusammenarbeit hätte im Falle eines Weiterbestehens der Provinz als politisches Gebilde den Ausgangspunkt für die Etablierung einer echten Verwaltung bilden können. Während der Zeit der aktiven Verwaltungstätigkeit der Reichenberger Regierung hatten die Bezirksnationalräte allerdings nur in dem Maße an Kooperation Interesse gezeigt, als ihnen dies im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe gelegen schien; eine Unterstützung der nationalpolitischen Ambitionen der Landesregierung lag ihnen aber durchaus ferne. Die Weigerung der Tschechen, Ausgleichsverhandlungen bei Übergehung der nationalen Frage durchzuführen, raubte der Landesregierung die Unterstützung der Nationalräte, des politisch rührigsten Teils der Bevölkerung. Die Bezirks-

⁷⁷ AVA, DBLR, Fasz. 5.

⁷⁸ Diejenigen Soldaten, die in den Produktionsprozeß eingegliedert wurden, ließen sich für nationalpolitische Ziele nicht mißbrauchen. Ein Soldatenvertreter schreibt etwa am 31. 11. 1918 an Landeshauptmann Pacher: „Wir wollen sofortige Abrüstung und sind keinesfalls mehr gewillt, Soldat zu sein, kommt es wie es will, wir haben es gründlich satt.“ AVA, DBLR, Fasz. 2.

⁷⁹ Molisch: Freiheitsbewegung 89.

⁸⁰ César/Černý: German Irredentist Putsch 216.

⁸¹ Molisch: Freiheitsbewegung 38.

⁸² Die Berichte sind gesammelt bei AVA, DBLR, Fasz. 22.

hauptmannschaften, die von Anfang an eine gewisse Zurückhaltung geübt hatten, gaben wieder mehr den Ton an.

Die Besetzung Deutschböhmens verlief fast überall in geordneten Formen. Die Haltung der deutschen Behörden und Politiker spricht dafür, daß sie auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht daran dachten, einen militärischen Widerstand zu organisieren. Jedenfalls wird in den meisten Berichten über die Besetzung hervorgehoben, daß sie sich aufgrund des maßvollen Verhaltens auf beiden Seiten ohne Störung der gesellschaftlichen Einrichtungen abspielte. „Die Tschechoslowaken besetzten heute das hiesige Stationskommando und übernahmen die Bergestelle und das Bergelager. Die Ruhe wurde bewahrt“, heißt es in einem Bericht über Warnsdorf. „[. . .] Der Eindruck, den man von den Unterhändlern, die perfekt deutsch sprechen, gewann, war ein durchaus guter. Bewundernswert ist ihre Organisation. Da klappt alles bis aufs Härchen⁸³.“ Diese „schmeichlerischen Worte über das gute Auftreten der Tschechen und ihre tadellose Organisation“ sind allerdings nur dann „völlig unverständlich“, wenn man nicht den sozialen Hintergrund der deutschen Bewunderung begreift⁸⁴. Die Übergabeverhandlungen wurden übrigens auch in anderen Teilen der Tschechoslowakei mit dem Hinweis auf das „Bestreben, die Störung der bisher aufrechterhaltenen Ruhe und Ordnung hintanzuhalten“, von deutscher Seite eingeleitet⁸⁵. Der nach Znaim entsandte österreichische Beamte Hieronymus Oldofredi, dem man alles andere als eine realistische Einschätzung der politischen Lage nachsagen kann, mußte sogar zugeben, daß es „den Tschechoslowaken zu danken war“ daß „ein toller Häuslersohn“, der einen Hungerkrawall anführte, nicht „gefährlich“ wurde, weil die Tschechoslowaken „schneller waren als er selbst“⁸⁶.

Die ungleiche Koalition: bürgerliche Radikale und Sozialdemokraten

Die Bevölkerung, die Administration und die deutschböhmischen Politiker fanden sich in dem Programm, unter Hintanstellung der nationalen Forderungen Erwägungen sozialpolitischer Natur insofern den Vorrang einzuräumen, als sie verbale Proteste als das alleinige Mittel zur Durchsetzung nationaler Ziele betrachteten⁸⁷. In der Einschätzung der sozialen Probleme differierten die

⁸³ D e n g l e r : Reichenberger Zeitung 81.

⁸⁴ E b e n d a 82.

⁸⁵ K r c a l , Hans: Der Umsturz im Jahre 1918 in Iglau. Zeitschrift für Geschichte und Landeskunde Mährens (Neue Folge der Zeitschrift des Deutschen Vereins für die Geschichte Mährens und Schlesiens) 45 (1943) 197—220, hier 204.

⁸⁶ O l d o f r e d i , Hieronymus: Zwischen Krieg und Frieden. Erinnerungen. Zürich-Leipzig-Wien 1925, S. 37.

⁸⁷ Inwieweit die sudetendeutschen Politiker, insbesondere der Deutschnationale Freißler, tatsächlich ihre administrative Arbeit nur leisteten, um das entstandene „Verwaltungsvakuum“ zu überbrücken, das eine immense Gefährdung für die öffentliche Ordnung bedeutete, müßte noch anhand von Quellenmaterial überprüft werden. Freißlers und Opočenskýs Argumente, daß die deutschen Provinzbehörden ein bedeutsames Stück Arbeit geleistet hätten, in einem Gebiet, das die Prager Verwaltung erst sehr spät erreichte, ist wohl richtig, müßte aber in den daraus resultierenden politischen Im-

Standpunkte allerdings, da die entscheidenden Politiker die öffentliche Ordnung nicht nur um ihrer selbst willen aufrechterhalten wollten, sondern auch deshalb, weil jede Störung eine tschechische Einmischung mit sich bringen konnte. Der dahinter liegende Unterschied zwischen bürgerlicher Sekuritätspolitik und nationalem Radikalismus deutet sich vor allem im Zwiespalt zwischen politischer Taktik und verbalem Radikalismus der Politiker an. So stehen etwa Lodgmans Erklärungen von Anfang Dezember im Widerspruch zur Politik Reichenbergs, wenn er der Bevölkerung versichert, daß die Landesregierung „in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllen wird, und daß, wenn es gilt, unser Recht auf Selbstbestimmung zu verfechten, die Führer dieses Landes an der Spitze zu erblicken sein werden“⁸⁸. „Wir sind des Kampfes müde und haben die Waffen um fünf Minuten zu früh an die Wand gestellt, [. . .] doch wir dürfen uns nicht selbst aufgeben. [. . .] Für die Selbstbestimmung zu leben, heißt unter Umständen auch, für die Selbstbestimmung zu sterben“⁸⁹. Die Funktion von Lodgmans Erklärungen bestand ja gar nicht darin, die Bevölkerung mit der Politik der Landesregierung vertraut zu machen — zu diesem Zweck hätte er die machtpolitischen Verhältnisse erörtern und die Unmöglichkeit eines militärischen Widerstandes explizieren müssen. Sie sollte im Gegenteil dazu beitragen, sich vor der Öffentlichkeit für die reine Defensivtaktik zu rechtfertigen, Verständnis für die ungleiche Koalition in der Landesregierung zu erwecken und schließlich vom sozialen Gehalt jener Bewegungen abzulenken, die man durch Appelle an nationale Emotionen zu kanalisieren versuchte.

In den Sitzungen der Regierung war im Herbst noch der tiefe Gegensatz zutage getreten, der die Partner der ungleichen Koalition trennte. Selbst nach der Flucht nach Wien nahmen die parteipolitischen Angriffe in den Landesratssitzungen kein Ende. In der ersten Wiener Sitzung sieht sich Krebs zur Feststellung veranlaßt: „Wir alle hätten gewünscht, daß die heutige Tagung nicht eine Diskussion unter den Parteien werden sollte, sondern eine einmütige und flammende Kundgebung nach Prag. [. . .] Ganz Deutschböhmen hätte gewünscht, daß die heutige Tagung nichts anderes sei, als ein Treuegelöbniß, daß wir auch vor dem Ärgsten nicht zurückschrecken werden“⁹⁰. Es kommt

plikationen insoferne modifiziert werden, daß die deutschen Behörden in enger Zusammenarbeit mit Prag ihre Verwaltungsaufgaben besser bewältigen hätten können als auf dem Umweg über das staatsrechtliche Experiment der Unabhängigkeit. Freißler, Robert: Vom Zerfall Österreichs bis zum tschechoslowakischen Staate. Eine historisch-politische Studie mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Schlesien, Nordmähren und Ostböhmen. Berlin 1921, 109—110. — Ders.: Sudetenland. Deutsche Rundschau 180 (1919) 335—339, hier 336. — Opočenský, Jan: Der Untergang Österreichs und die Entstehung des tschechoslowakischen Staates. Prag 1928, S. 198 (Politische Bücherei 6).

⁸⁸ Volksversammlung in Reichenberg vom 9. 12. 1918. Neue Freie Presse Wien (im folgenden NFP) 10. Dezember, S. 5.

⁸⁹ E b e n d a.

⁹⁰ Das Sitzungsprotokoll ist zusammen mit den Proklamationen in der Neuen Freien Presse vom 29. Dezember 1918 abgedruckt, ein Zeichen für die Hilflosigkeit der bürgerlichen Öffentlichkeit in bezug auf Propagandatätigkeit, S. 5—6.

nicht von ungefähr, daß der Nationalsoziale Krebs dies sagt, ein Anhänger jener politischen Gruppe, die den Nationalismus mit dem Sozialismus „versöhnen“ wollte und so — im Sinne der Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsstrukturen — den effizientesten Beitrag zur Erzeugung einer unrichtigen Einschätzung der Klassenlage bei den Arbeitern schon zu einer Zeit leistete, als dies den führenden Deutschnationalen noch nicht notwendig erschien.

Den bedeutendsten Beitrag zur Überwindung der Gegensätze leistete in allen Sitzungen Lodgman, der jene äußerlich nichtssagenden Proklamationen konzipierte, die in ihrer scheinbaren Unverbindlichkeit für alle Parteien annehmbar waren und selbst nach dem Zweiten Weltkrieg noch zu Beweisstücken für die auf das Jahr 1918 zurückgehende demokratisch legitimierte sudetendeutsche Freiheitsbewegung hinaufstilisiert wurden. In der in der eben behandelten Sitzung vom 28. Dezember entstandenen Proklamation „An Deutschböhmens Volk“ heizt Lodgman in einer von Blut- und Bodenromantik geprägten Sprache den Nationalismus an. „Das Land, das wir geackert, die Städte, die wir erbaut, schmachten unter fremder Herrschaft. Schwer erarbeitetes Gut, auf das wir unser heiliges Recht haben, ist uns entrissen. Wo die deutsche Sprache klingt, die deutsche Sitte gilt, schaltet der Feind, sich auf Siege berufend, die er nie errungen⁹¹.“ Die zuletzt angeklungene Dolchstoßlegende formuliert Lodgman in seiner Rede vom gleichen Tag auch in bezug auf Deutschland: „Keineswegs aber ward das deutsche Volk besiegt!“ Der Nationalwille wird mit der Versicherung der Stärke der ganzen Nation gestärkt, nationale Verfolgung der Deutschen als Katalysator für eine spätere Erhebung bezeichnet: „Eine nüchtern denkende Politik sollte die Kraft des nationalen Gedankens auf deutscher Seite um so schwerer einschätzen, je größer die Opfer sind, unter welchen er sich durchzusetzen sucht⁹².“ Und ständig werden vorzeitiges Zurückstecken der nationalen Doktrin bzw. Verhandlungen mit den Tschechen zurückgewiesen und statt dessen der letztliche Sieg prophezeit: „Euch Volksgenossen rufen wir zu: haltet aus bis zur Stunde der Befreiung⁹³!“

Der radikal-deutschnationale Charakter der Proklamation wird gerade aus jenen Passagen ersichtlich, die ein Entgegenkommen gegenüber den Sozialdemokraten anzudeuten schienen, durch die Hervorhebung des auf demokratischem Wege erlangten Mandats der Parlamentarier und durch den Hinweis auf die kürzlich erfolgte Revolution: „Der Rechtstitel, auf dem die Gründung [Deutschböhmens] beruht, ist der Wille des Volkes und kein höheres Recht kann ihn streitig machen.“ Die Parlamentarier fungieren als Rechtswahrer und Sprecher der mythischen Volkseinheit, des Volkswillens, sie legitimieren sich vordergründig noch durch die Übertragung des politischen Mandats, das sie aber in der Weise interpretierten, daß sie die bessere und weitblickendere Politik machen konnten als die von Tagesereignissen verwirrten „Volksangehörigen“⁹⁴.

⁹¹ E b e n d a 6.

⁹² L o d g m a n : Selbstbestimmung 52.

⁹³ NFP, 29. 12. 1918, S. 6.

⁹⁴ E b e n d a.

Lodgmans Erklärungen glaubten auch die Sozialdemokraten zustimmen zu können: an formaldemokratischen Grundsätzen rührte er nicht, da er nicht gegen parteipolitische Erwägungen auftrat. In diesem Punkte kannten die Sozialdemokraten kein Nachgeben; Czermaks Bemerkung, „man würde der deutschen Freiheit einen schlechten Dienst erweisen, wenn man die parteipolitischen Grundsätze aufgeben und den politischen Kampf zum Schweigen bringen wollte“, war gegen den Nationalsozialen Knirsch gerichtet, der sich gegen Auseinandersetzungen um Parteigrundsätze in der Landesratssitzung wandte⁹⁵. Wenn in einer solchen Argumentation auch noch ein beträchtliches Stück sozialdemokratischer Gesinnung verborgen ist — ebenso in Seligers Protesten gegen den Ententeimperialismus oder in seiner Gleichsetzung des tschechischen Regimes mit demjenigen Stürgkhs —, so ging es den Sozialdemokraten doch nur um den Anschein, daß sie ihre Grundsätze auch in der Koalition nicht aufgeben hatten⁹⁶. Die realpolitische Haltung der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker hingegen erlaubt keinen anderen Schluß als den, daß es gerade ihnen darauf ankam, politische Auseinandersetzungen nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Bereitwilligst ließen sie sich der Politik der radikalen Deutschnationalen unterordnen, wodurch die Koalition erst funktionsfähig wurde, weil sich die Sozialdemokraten zum Vollzugsorgan einer bürgerlich-illusionistischen Politik gegenüber der Arbeiterklasse degradieren ließen. Die Umfunktionierung des aus sozialen Gründen entstandenen Radikalismus der Arbeiterschaft, die im Herbst festgestellt werden kann, geschah mittels eines bürgerlichen Sozialdisziplinierungsinstruments: des Deutschnationalismus. Es dürfte nicht von ungefähr kommen, daß es Anfang Dezember weniger die bürgerliche Mittelschicht als „die deutschböhmisches Arbeiterschaft war, die gegen den tschechischen Imperialismus vom Klassenstandpunkt aus vorging“, da keine andere soziale Bewegung einer massiveren ideologischen Kanalisierung bedurfte als die der Arbeiter⁹⁷. Dieser erste große Erfolg der bürgerlichen Radikalen, die sich sowohl von Deutschnationalen alter Prägung als auch von Agrariern und Christlichsozialen abhoben, war von diesen durchaus geplant. Die Radikalen planten sogar zukünftige soziale Bewegungen, die sich für nationale Ziele instrumentalisierten ließen, in ihr Programm ein. Lodgman etwa interpretierte die Zukunft in einer Weise, die an die Politik der Deutschen Heeresleitung gegenüber Rußland erinnert: „Es steht noch gar nicht fest, ob der tschechische Staat im allgemeinen Niederbruch Europas in der Reihe der Sieger oder Besiegten stehen wird⁹⁸.“ Die ungleiche Koalition zwischen Deutschnationalen, Radikalen und Sozialdemokraten war nur deshalb möglich, weil sich die Interessen der Funktionäre, die „nicht so sehr als Exponenten, sondern als Wortführer der Sudetendeutschen handelten“, in bezug auf eine Uminterpretierung der sozialen Frage in eine nationale deckten⁹⁹. Der unterschiedliche

⁹⁵ Ebenda 6.

⁹⁶ Ebenda 6.

⁹⁷ Dengler: Reichenberger Zeitung 95.

⁹⁸ Lodgman: Selbstbestimmung 52.

⁹⁹ Linz, Norbert: Das Verhältnis der sudetendeutschen Parteien zum tschechoslowa-

Ausgangspunkt: Verhinderung tiefgreifender Veränderungen auf seiten der Sozialdemokraten, Förderung des Nationalismus auf seiten der radikalen Bürgerlichen wurde durch die gemeinsame Arbeit überlagert.

*Friedenspolitik — Rechtsansprüche — Wirtschaftsverhandlungen
Die Deutschböhmen — Politik der Wiener Regierung bis Ende 1918*

Die Entscheidung der Wiener Regierung zur faktischen Übernahme der Administration Deutschböhmens mittels dessen Regierung erfolgte erst am 9. November, und zwar nach längeren Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über wirtschaftliche Belange, die seit dem 3. November abgewickelt wurden und die, wie der Staatsrat am 9. November erklärte, „vollständig ergebnislos“ verliefen¹⁰⁰. Wie die Instruktion des Staatsrates vom 5. November für die am nächsten Tag in Prag unterhandelnde Delegation erweist, wollte man „über die Regelung der politischen und ökonomischen Verhältnisse von Deutschböhmen und Sudetenland“ und Wirtschaftsbelange Österreichs sprechen¹⁰¹. Die Junktimierung von politischer und wirtschaftlicher Problematik wurde auch von tschechischer Seite vorgenommen; bei den Beratungen „sei herausgekommen“ — berichtete Unterstaatssekretär Riedl —, „daß es die tschechoslowakische Regierung grundsätzlich ablehne, mit Deutschösterreich in Verhandlungen einzutreten. Es sei vielmehr klar zu Tage getreten, daß tschechischerseits unsere Ernährungslage ausgenützt werden wolle, um deutschösterreichische Kreise zu einer Meinungsäußerung aufzufordern, die sodann als Votum der Bevölkerung für den Anschluß Deutschböhmens an den tschechoslowakischen Staat bei der Friedenskonferenz hingestellt werden könne“¹⁰².

Die Einrichtung der sudetendeutschen Provinzen (für deren Begrenzung übrigens die illusionistischen Programme der Deutschnationalen und nicht jene Renners den Ausschlag gegeben hatten) erfolgte demnach trotz des Scheiterns der Wirtschaftsverhandlungen, eine politische Ausgangslage, die sich für die Folgezeit von Bedeutung erwies¹⁰³.

Von Anfang an war die Wiener Regierung bestrebt, diese Ausgangsposition

kischen Staat in einer Zeit seiner Entstehung 1917—1920. — Ms.-Zulassungsarbeit Erlangen 1966, S. 6.

¹⁰⁰ Am 3. November befand sich eine Delegation der Gemeinde Wien in Prag, die vom Staatsrat aufgefordert wurde, mit dem zur gleichen Zeit in Prag weilenden Staatsrat Seliger zusammenzuarbeiten. Staatsratssitzung vom 3. 11. 1918. AVA, Staatsratsprotokolle; der Beschluß zur Übernahme der Gebietsgewalt erfolgte ebenfalls im Staatsrat; die NFP bringt am 10. 11. 1918, S. 9 einen Bericht über die Prager Verhandlungen.

¹⁰¹ AVA, Staatsratsprotokolle 1918.

¹⁰² Kabinettsrat vom 11. 11. 1918. AVA, Kabinettsprotokolle 1918.

¹⁰³ Es wurde nicht, wie es in mehreren Noten an die Westmächte geheißen hatte, nur die Gebietsgewalt über das geschlossene Siedlungsgebiet gefordert, sondern auch über mehrere Sprachinseln, womit die Forderungen den Anschein der Unseriösität erweckten, wenn man z. B. Teile von Brünn, der Hauptstadt eines fremden Staates, verlangte. Staatsgesetzblatt des Staates Deutschösterreich, 1919, 5. Jänner, 2. Stück, Gesetz Nr. 4; auf der Friedenskonferenz sprach man nur mehr von „Einschlußgebieten“; siehe dazu Br ü g e l: Tschechen 69—70.

durch eine bewußte Friedenspolitik zu kompensieren, um die internationale Lage nicht noch mehr zu komplizieren. In allen Dienstinstruktionen militärischer Stellen wurde den Volkswereinheiten eingeschärft, Gewalt zu vermeiden.

„Den Ausbau der Volkswehr an den Sprachgrenzen mit allen Mitteln zu beschleunigen, ist dringend geboten. Ihre erste Aufgabe bleibt Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Daneben werde sie aber in der Lage sein, allein durch ihre Anwesenheit (ohne Anwendung von Gewalt) das Festsetzen kleinerer tschechoslowakischer Truppenteile auf deutschem Gebiet zu verhindern. Ausgesprochener Übermacht jedoch habe sie unter ausdrücklicher feierlicher Verwahrung zu weichen, ohne es auf unnützes Blutvergießen ankommen zu lassen¹⁰⁴.“

Die Prager Regierung — die sicherlich in Kenntnis derartiger Order kam — war aber dennoch von dem grundsätzlichen Rechtsanspruch Wiens verunsichert und verfolgte in immer extensiverem Ausmaße eine Politik der wirtschaftlichen Erpressung Wiens, die in der Zeit der Besetzung der deutschen Provinzen ihren Höhepunkt erreichte. In der Zeit von Anfang November bis 9. Dezember kamen nur ganz wenige Kontrakte über Lebensmittelzusendungen zustande, und zwar ausschließlich solche, die auch der Tschechoslowakei große Vorteile brachten und die nicht entscheidend waren für die Versorgung Österreichs. Typisch dafür ist das Anfang Dezember abgeschlossene Kompensationsabkommen, das für die Aufrechterhaltung der tschechoslowakischen Papierproduktion und somit der Herstellung der Zeitungen eine unumgängliche Notwendigkeit darstellte¹⁰⁵. Etwas mehr auf den österreichischen Bedarf abgestimmt war der Mitte November zustandegekommene Zuckervertrag, der allerdings erst nach Mitte Dezember wirklich erfüllt wurde¹⁰⁶.

Die Repressalien der Tschechoslowaken betrafen von Anfang an in ganz besonderer Weise die Kohleversorgung, da von dieser jedes weitere Funktionieren der österreichischen Wirtschaft abhängig war¹⁰⁷. Die Tschechen gingen dabei so weit, auch die Durchfuhr von oberschlesischer Kohle zu verhindern, bzw. nur ganz geringe Mengen passieren zu lassen, die für den Rücktransport der tsche-

¹⁰⁴ Befehl des deutschösterreichischen Oberbefehlshabers an die Landesbefehlshaber; M o - l i s c h : Freiheitsbewegung 79.

¹⁰⁵ Das zwischen der Kommission für Übergangswirtschaft — Abteilung Papier — in Prag und dem Wirtschaftsverbande der Papierindustrie in Wien abgeschlossene Abkommen genehmigte der Staatsrat am 2. 12. AVA, DBLR, Fasz. 15, Zl. 414/1919.

¹⁰⁶ In dem Vertrag verpflichteten sich die Prager Unterhändler, „nach Maßgabe der derzeit bestehenden Rationen und der für die einzelnen zuckerverarbeitenden Gewerbe- und Industriebetriebe bislang bestehende Kontingente“ zu liefern. Staatsratssitzung vom 9. 12. 1918. AVA, Staatsratsprotokolle 1918; der Vertrag, der bis 31. 1. 1919 terminisiert war, wurde im Jänner auch eingehalten. Schreiben von Löwenfeld-Ruß an Lodgman vom 30. Jänner über die gelieferten Kontingente, AVA, DBLR, Fasz. 17; zur Versorgungsfrage vgl. Strong, David F.: Austria (October 1918 — March 1919). Transition from Empire to Republic. New York 1939, S. 182—213.

¹⁰⁷ Rein theoretisch zeigten sich die tschechischen Unterhändler anfangs sogar bereit, für österreichische Eisenbahnbetriebe Kohle zu liefern, Zugeständnisse, „welche jedoch in der Praxis nicht eingehalten wurden“. M e c h t l e r, Paul: Die Verflechtung der österreichischen Eisenbahnen am Anfang der Ersten Republik. Die Trennung des altösterreichischen Eisenbahnwesens nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie. MÖStA 17/18 (1964/65) 399—426, hier 400.

chslowakischen Legionäre bestimmt waren. Auch aus Westfalen kamen — wegen der bayerischen Unruhen — keine Kohlensendungen und die zeitweise bewilligten 250 Waggon, die Österreich via Mähren aus Oberschlesien erhalten sollte, fielen auch aufgrund der dort stattfindenden Streiks aus¹⁰⁸. Die Zeitungen brachten wohl jeden Tag Meldungen über Nahrungsmittelsendungen aus den Ententeländern, doch bis Ende des Jahres trafen diese nicht ein; auch die österreichischen Vorstellungen bei Ententevertretern wegen der Aufhebung der tschechischen Blockade blieben erfolglos. Die Situation spitzte sich gegen Ende November immer mehr zu; Staatssekretär Zerdik charakterisierte sie in einem Telegramm an die Pariser Verbündeten trefflich:

„Die Kohleversorgung ist [...] in eine außerordentlich kritische Lage geraten. Kohle für Wohnungsbeheizung steht überhaupt nicht mehr zur Verfügung. Die zur Bereitung der Speisen erforderlichen Kohle- und Holzvorräte reichen höchstens für eine Woche. Den Mühlen und Bäckereien droht in wenigen Tagen die Betriebseinstellung. Vorräte für Bahnbetrieb sind keine vorhanden. Die Gas- und Elektrizitätswerke in Wien können bei einschneidendsten Sparmaßnahmen noch zwei bis drei Wochen in Betrieb erhalten werden¹⁰⁹.“

Die tschechoslowakischen Politiker schwiegen zu dieser Lage, bzw. leugneten — wie Tusar in Wien — jeden Zusammenhang zwischen politischen und Wirtschaftsfragen, der doch angesichts der zur gleichen Zeit stattfindenden Besetzung der sudetendeutschen Gebiete nicht von der Hand zu weisen war¹¹⁰.

Unter dem Eindruck dieser katastrophalen Versorgungslage und der Besetzung der Nordprovinzen begann die österreichische Regierung am 26. November mit einer Diskussion der Sudetenfrage, wobei sich sofort die Mehrheit der Staatsratsmitglieder gegen die Forderung des radikal-nationalen Oskar Teufel (des Kreishauptmannes von Deutschsüdmähren) wandte, effiziente militärische Maßnahmen zur Verteidigung der an Niederösterreich angrenzenden Gebiete zu setzen, und dagegen den nichtssagenden Beschluß faßte, das Gebiet vor tschechischen Einfällen zu schützen, ohne Mittel und Wege dafür zu präzisieren¹¹¹.

Zugleich begann Otto Bauer eine großangelegte diplomatische Offensive, um die Ententemächte auf die Lage in Österreich aufmerksam zu machen¹¹², bzw. die Nationalstaaten erneut zu einer friedlichen Regelung der bilateralen Fragen aufzufordern¹¹³. In seinen Noten vom 3. Dezember an die jugoslawische und

¹⁰⁸ NFP 24. 11. 1918, S. 3.

¹⁰⁹ NFP 29. 11. 1918, S. 2—3.

¹¹⁰ NFP 20. 11. 1918, S. 1—2.

¹¹¹ Teufel forderte am 25. 11. diese Diskussion, die am nächsten Tag stattfand; sein Antrag lautete auf militärische Unterstützung Deutschmährens durch eine Besetzung Artillerie mit vier Geschützen, 1000 Mann Volkswehr und 12 Maschinengewehre. AVA, Staatsratsprotokolle.

¹¹² Note über die tschechoslowakischen Übergriffe an Washington vom 26. November. Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919 (im folgenden FR, PPC). Bd. 2. Washington 1942, S. 197—198; auch die deutschböhmische Regierung war am 12. November an Wilson herangetreten. FR, PPC, Bd. 2, S. 377—378, ebenso NFP 13. 11. S. 7 und AVA, DBLR, Fasz. 3.

¹¹³ Wien hatte in Prag schon des öfteren wegen der Übergriffe interveniert, z. B. Viktor

tschechoslowakische Republik schlug er die Bereinigung dieser Fragen durch ein Schiedsgerichtsverfahren vor¹¹⁴. Doch die Tschechoslowakei lehnte den Vorschlag am 7. Dezember ab und die Ententemächte griffen zu diesem Zeitpunkt noch nicht in die inneren Fragen Österreichs ein¹¹⁵. Bauer versuchte sogar mit dem Argument, „daß die sonst so geduldige Bevölkerung zu gewalttätigen Gegenmaßnahmen greift, die von der [österreichischen] Regierung nicht mehr verhindert werden können“, die tschechische Administration zu erschrecken¹¹⁶. Doch diese wußte sehr wohl, daß die Unruhen unter den Staatsbediensteten und Bahnarbeitern, auf die Bauer mehrmals hinwies, eine Folge der nationalpolitischen Ausrichtung der Landesregierung darstellten, da es um Fragen der Eidesleistung auf den tschechischen Staat und um dienstrechtliche- und Besoldungsprobleme ging, die im Falle der faktischen tschechischen Machtübernahme ein Ende finden würden. Auch in den Sitzungen der Nationalversammlung vom 4. und 5. Dezember, in denen in großem Stil die sudetendeutsche Frage und die Wirtschaftsproblematik diskutiert wurden, argumentierte Bauer mit der Radikalisierung der deutschböhmisches Bevölkerung, die in eine „Stimmung des Widerstandes und der Empörung“ umgeschlagen habe¹¹⁷. Doch seine Drohungen mit einem Aufstand waren weniger in Richtung Prag gesprochen als in Richtung der radikalen Minderheit des Parlaments, die der Regierung völliges Versagen in der Sudetenfrage unterstellte. Teufel warf dem Staatsrat eine mangelhafte Organisation des neuen Heeres vor, was zur Folge hätte, „daß die Einfälle der Tschechoslowaken und Jugoslawen gegen eine völlig wehrlose Bevölkerung fortgesetzt werden“¹¹⁸. Sogar der deutschnationale Egerländer Mayer, der Staatssekretär für Heereswesen, fühlte sich veranlaßt, Teufel zu entgegnen; er wies den Vorwurf des Versagens beim Aufbau der Heeresorganisation ebenso wie den der vaterlandslosen Haltung der Sozialdemokraten zurück und betonte, daß „die Organisation der Sozialdemokratie“ für die Zurückdrängung radikaler linker Elemente in der Volkwehr „hervorragende Dienste geleistet“ habe¹¹⁹.

Die Sozialdemokraten selbst sahen keinen Grund, den Tenor der Rede Teufels anzurühren; im Gegenteil: Renner dankte Teufel sogar dafür, daß er „Zeugnis“ ablege, „daß unser Volk auch im Unglück sein Selbstbewußtsein nicht verlieren wird“ und bestätigte ihm, daß sich alle in der Einschätzung der Lage einig seien, nicht aber in der Wahl der Mittel. Die Regierung hätte nicht nur keine starke Wehrmacht zur Verfügung, sondern könnte eine solche angesichts der internationalen Lage auch nicht zum Einsatz bringen¹²⁰. Aus dieser Rede Renners wird eine

Adler am 8. 11. 1918. Strauss, Emil: Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik. Prag 1934, S. 297—298.

¹¹⁴ NFP 7. 12. 1918, S. 15.

¹¹⁵ Strauss: Entstehung 298.

¹¹⁶ Note vom 2. 12. 1918 gegen die Besetzung von Brüx, NFP 2. 12., S. 2.

¹¹⁷ Diskussion und Regierungsberichte sind in der NFP vollinhaltlich abgedruckt, und zwar am 5. und 6. 12. 1918; ebenfalls in: Stenographische Protokolle der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich, Band 1918—1919. Wien 1918—1919; Bauers Rede NFP 4. 12. 1918, Abendblatt, S. 1—2.

¹¹⁸ NFP 6. 12. 1918, S. 4.

¹¹⁹ E b e n d a 5.

¹²⁰ E b e n d a.

gewisse Befriedigung ersichtlich darüber, daß Teufel seine Alibifunktion, die er für die politische Spitze des Staates der Öffentlichkeit gegenüber hatte, erkannt und erfüllt hatte. Dieser bisher mit den nationalen Vorstellungen konfrontierten Bevölkerung, auch jener der Nordprovinzen, konnte nur schwer klargemacht werden, daß die Sudetendeutschen „nicht für ein Linsengericht, aber für Kohle und Kartoffel im Winter“ an die Tschechoslowakei verkauft werden sollten¹²¹. Ein gewisses Maß an Radikalismus mußte sich die Regierung schon leisten, wenn sie Verständnis für Verhandlungen mit Prag auf der Grundlage der faktischen Aufgabe der Sudetenländer erwecken wollte. Daher war, wie in der um die Versorgungslage Österreichs bangenden Neuen Presse mit Befremden festgestellt wurde, „die Debatte beinahe ausschließlich von politischen Fragen beherrscht, während in den Regierungsberichten die wirtschaftliche Not im Vordergrund stand und wir mit der Gefahr vertraut gemacht wurden, bald im Finstern frierend hungern zu müssen“¹²².

Die Berichte der Ressortminister waren mehr als deprimierend. Der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, Zerdik, informierte das Parlament über die bisherigen, fast ergebnislos verlaufenen Wirtschaftsgespräche und führte aus, daß die Kohlen- und Lebensmittellieferungen fast völlig zum Stillstand gekommen seien, weil „die Tschechen [...] nur mit passiver Resistenz arbeiten“; die für den 3. Dezember in Aussicht gestellten Verhandlungen seien ohne Bekanntgabe eines neuen Termins wieder abgesetzt worden¹²³.

Nach dem 4. Dezember kamen, da die Österreicher vor der Öffentlichkeit ihren grundsätzlichen Willen zur Aufgabe der direkten Gebietsgewalt über die Sudetengebiete und zur Nichtanwendung militärischer Mittel bekundet hatten, die Verhandlungen mit den Tschechen sofort wieder in Gang. Über den Fortgang der vom 9. bis 12. Dezember in Prag abgewickelten Gespräche schienen von Anfang an positive Meldungen in österreichischen Zeitungen auf. Die Prager Regierung zeigte sich nun auch bereit, Dr. Franz Marek, der im Zusammenhang mit den Verhandlungen nach Prag kam, als österreichischen Bevollmächtigten zu akzeptieren, womit der unhaltbare Zustand ein Ende nahm, daß die Tschechoslowakei wohl in Wien einen Vertreter hatte, Österreich in Prag aber nicht.

Jeden Tag erfolgten neuerliche Meldungen über den Verhandlungsfortschritt, während zur gleichen Zeit, am 12. Dezember, die Reichenberger Regierung nach Zittau flüchtet, in Aussig Plünderungen stattfinden, Leitmeritz, Teplitz-Schönaun und Marienbad besetzt werden, die Tschechen sich zur Besetzung von Reichenberg anschicken und der Eisenbahnerstreik die öffentliche Ordnung gefährdet. Während der Verhandlungen unternahm die Wiener Regierung überhaupt keine diplomatischen Schritte in Hinblick auf die Vorkommnisse, erst am 13. Dezember protestierte sie bei den Ententemächten gegen die Besetzung von Deutschböhmen und forderte sie auf, eine Volksabstimmung in den betreffenden Gebieten abzu-

¹²¹ NFP 5. 12. 1918, S. 1 (Leitartikel).

¹²² E b e n d a 3.

¹²³ Ebenda 11—12; auch der Staatssekretär für Volksernährung, Löwenfeld-Ruß, erging sich in Schilderungen über die geringe Effizienz der Verhandlungen, die bisher nur zum Abschluß des Zuckervertrages geführt hätten; e b e n d a 4.

halten¹²⁴. Zu diesem Zeitpunkt war der Kohlevertrag bereits abgeschlossen. Der Vertrag, der am 11. Dezember unterzeichnet wurde, enthielt ziemlich günstige Bedingungen, allein schon seine lange Gültigkeitsdauer bis zum 12. Juni ist auffallend. Er stellte für Wien und Österreich jenen prozentuellen Anteil an der Förderung der tschechoslowakischen Kohlengruben in Aussicht, den sie vor dem Umsturz gehabt hatten, außerdem Spezialbedingungen für die Wiener Elektrizitätswerke; auch die Zahlungsbedingungen waren günstig¹²⁵. Nach Beendigung der deutschböhmisches Besetzung und Abschluß des Kohlenvertrages brach die tschechoslowakische Regierung auch ihr Schweigen über die Beziehungen Wien-Prag. Kramář betonte ausdrücklich, daß Prag größtes Interesse daran hätte, daß in Wien und Österreich keine Unruhen entstünden und man deshalb die Lieferungen in Gang brächte¹²⁶. Auch weiteren Abkommen stand nun nichts mehr im Wege. Bezüglich der lange Zeit besprochenen Liquidierungsmaterie kam es am 13. Dezember zu einem Abkommen über die Demobilisierungsgüter, nach dem jeder der beiden Staaten ein Fünftel des auf ihn entfallenden und in seiner Gewalt befindlichen Liquidierungsgutes in natura sofort übernehmen konnte, wobei dieses bei der endgültigen Liquidierung in Abzug gebracht werden sollte¹²⁷.

Die Festlegung der österreichischen Sudetenpolitik nach der tschechoslowakischen Besetzung der Nordprovinzen

Genau zur selben Zeit, in der die Kohleverhandlungen zum Abschluß kamen, wurde in der Wiener Regierung über die zukünftige Sudetenpolitik beraten. Den Anstoß für diese Diskussion gab ein Bericht des Landeshauptmannes des Sudetenlandes vom 3. Dezember, auf den der Leiter des Sudetendienstes im Staatsrat vom 9. Dezember Bezug nahm¹²⁸:

„Bezeichnend für die immer unhaltbarer werdende Lage ist das Verlangen Freißlers, zur Sicherung der Zukunft der Deutschen ehestens Verhandlungen des Staatsrates und der tschechoslowakischen Regierung über die Herstellung eines vorläufigen Verwaltungszustandes in Deutschböhmen und im Sudetenland anzustreben und sie unter Mitwirkung der Provinzialregierungen mit jeder nur möglichen Beschleunigung durchzuführen¹²⁹.“

Zu dieser Zeit — die Kohleverhandlungen waren in vollem Gange, doch ein positives Ergebnis noch nicht mit Sicherheit abzusehen — stellte sich auch Renner auf Freißlers Standpunkt und meinte, „daß die politische und wirtschaftliche Lage von Deutschösterreich eine Änderung des Verhältnisses zum tschechoslowakischen Staate notwendig mache und die Aufstellung neuer Richtlinien für unsere

¹²⁴ FR, PPC, Bd. 2, S. 379; NFP 14. 12. 1918, S. 4.

¹²⁵ Exemplare der Verträge liegen beim Protokoll der Staatsratssitzung vom 13. Dezember 1918, AVA, Staatsratsprotokolle 1918; siehe auch NFP 14. 12. 1918, S. 7.

¹²⁶ Bericht NFP 14. 12. 1918, S. 1.

¹²⁷ In der 6. Gesandtenkonferenz vom 17. 12. 1918 wurde auf diese Verhandlungen näher eingegangen. HHStA, NPA, Präs., Fasz. 3, Fol. 767—770.

¹²⁸ Freißler: Zerfall 153. — AVA, DBLR, Fasz. 4.

¹²⁹ AVA, Staatsratsprotokolle 1918.

Politik in Erwägung gezogen werden müsse. Die Beschlußfassung darüber wäre aber dem Zeitpunkte vorzubehalten, bis die jetzt in Prag schwebenden Verhandlungen über die Sachdemobilisierung, die Kohleversorgung, Finanzfragen und Ernährungsvorsorgen abgeschlossen sind¹³⁰.“

Renner ordnete die Sudetenfrage den gesamtösterreichischen Interessen unter und ließ wie Freißler die Möglichkeit offen, in offiziellen Verhandlungen mit Prag die vorläufige Anerkennung des Besatzungsregimes auszusprechen, er wollte aber mit einem solchen Schritt warten, bis sich herausstellen sollte, ob das in der Sitzung der Nationalversammlung vom 4. Dezember gezeigte Entgegenkommen nicht schon genügen würde. De facto machte der Staatsrat ein Aufgeben österreichischer Ansprüche möglich, durch den Beschluß, wonach Renner „die an ihn gerichteten Anfragen der Landesregierung in Linz, Troppau und Reichenberg um Verhaltensmaßnahmen gegenüber den Tschechen im Sinne der bisher verfolgten nationalen Politik nach Aufrechterhaltung unseres nationalen Besitzstandes, jedoch unter Bedachtnahme auf die jeweils in Betracht kommenden am Orte selbst herrschenden tatsächlichen Machtverhältnisse im Einvernehmen mit den Fachressorts beantworten“ sollte¹³¹.

Renner entfaltete nach dem 9. Dezember eine heftige Aktivität, um die großen Verhandlungen mit den Tschechen, die er allem Anschein nach nicht mehr umgehen zu können glaubte, vorzubereiten. An Freißler schrieb er, daß er „das Staatsamt für Äußeres einlade, wegen Einleitung der von Ihnen beantragten Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung an den Staatsrat den Antrag zu stellen und Sie gegebenenfalls ebenso wie den Landeshauptmann von Deutschböhmen diesen Verhandlungen beizuziehen“¹³². In gleicher Weise informierte er Lodgman, dem er auch eine Abschrift von Freißlers Bericht sandte und mitteilte, daß auch Linz wegen Südböhmen Verhandlungen „eindringlichst empfiehlt“¹³³.

Die deutschböhmische Landesregierung nahm allerdings keine vergleichbare verständigungsbereite Haltung ein. In radikalen Äußerungen kündigte sie einen letzten Widerstand an. Verhandlungen mit den Tschechen suchte sie durch Appelle an die Ententemächte, das Land sofort militärisch zu besetzen, zu verhindern¹³⁴. Um diese Appelle — ein Telegramm an den interalliierten Kriegsrat und eines an Wilson — entbrannte in der Wiener Regierung eine rege Diskussion. Dabei ging es um die Forderung nach Besetzung Deutschböhmens durch nordamerikanische, italienische, englische oder französische Truppen, die von der österreichischen Regierung nicht befürwortet werden konnte, da sie zur gleichen Zeit eine Be-

¹³⁰ E b e n d a.

¹³¹ E b e n d a ; die Wiener Ministerien waren auch schon von sich aus diesen Weg gegangen, da beispielsweise das Staatsamt für Verkehrswesen am 9. Dezember die Eisenbahnbediensteten von Teplitz-Schönau, Tetschen und Bodenbach ihres Dienstes entbunden hatte, da sie nur unter dieser Bedingung von den Tschechen zum Dienst zugelassen wurden; dies wird in der Kabinettsitzung vom 9. 12. besprochen und gebilligt; AVA, Kabinettsprotokolle 1918.

¹³² F r e i ß l e r : Zerfall 153. — AVA, DBLR, Fasz. 4; Schreiben vom 11. 12. 1918.

¹³³ Schreiben vom 11. 12. 1918; AVA, DBLR, Fasz. 4.

¹³⁴ S. oben Anm. 88—89; die Noten der Landesregierung: Staatsratsitzung vom 11. 12. 1918, S. 6—7, AVA, Staatsratsprotokolle 1918; NFP 18. 12. 1918, S. 5.

setzung von ganz Österreich durch Ententetruppen befürchtete, die Zeitungen von einer angeblichen Besetzung ganz Ungarns voll waren und Wien mehrmals gegen die Besetzung von Tirol durch die Italiener protestiert hatte. Im Staatsrat vom 11. Dezember sprach sich Bauer gegen die diesbezüglichen Passagen des Telegrammes an den Kriegsrat aus und beantragte, daß wenigstens die Forderung nach italienischer und französischer Besetzung gestrichen würde¹³⁵. Endgültig wurde die Frage im Staatsrat vom 13. Dezember mit dem Beschluß entschieden, die Telegramme nicht abzusenden, wobei Bauer das vorzeitige Bekanntgeben des Inhalts der Telegramme ebenso wie den Versuch der deutschböhmischen Regierung, sie über das Deutsche Außenamt nach Versailles zu senden, kritisierte¹³⁶.

Die deutschböhmische Opposition gegen die — wie sie meinte — unaktive österreichische Sudetenpolitik fand, wie das Abstimmungsergebnis über die Note zeigte, nicht einmal die Zustimmung aller bürgerlichen Vertreter im Staatsrat; auf eben die gleiche Ablehnung stießen die Anschuldigungen deutschnationaler Abgeordneter, Teufel und Wolf, daß Österreich „Deutschböhmen im Stich gelassen hätte“, die diese im Staatsrat vom 9.—13. Dezember erhoben¹³⁷. Renner führte stellvertretend für die Mehrheit des Gremiums diesem die unrealistische Einschätzung der wirtschaftlichen und militärischen Lage durch die deutschnationalen Radikalen vor Augen¹³⁸. Zugleich aber gelang es ihm, die Zustimmung aller, auch der Opposition, zu einer Kompromißformel zu erzielen, wonach der Staatsrat „bei seiner bisherigen Sudetenpolitik beharren sollte“¹³⁹. Dieser Entschluß zur Weiterführung der bisherigen Politik war nur deshalb möglich, weil sich Prag mit den österreichischen Zugeständnissen seit dem 4. Dezember zufrieden gegeben hatte und bei den Wirtschaftsverhandlungen eingelenkt hatte. Auch die Radikalen erkannten, daß die blasse Rennersche Formel die Möglichkeit willkürlicher Interpretation und daher Weiterführung der antitschechischen Politik bot, und daß gerade günstig war, was ein einziger Abgeordneter, Staatsrat Licht, an ihr bemängelte: daß man sich „unter dem Beharren auf der bisherigen Sudetenpolitik nicht viel vorstellen könne, wenn dieser Politik nicht mehr Inhalt gegeben werde“¹⁴⁰.

Schon die am 13. Dezember beschlossene Note der Regierung an die alliierten und assoziierten Mächte trug dem Beschluß zur Weiterführung einer Politik der

¹³⁵ AVA, e b e n d a ; das Telegramm an Wilson war von der deutschböhmischen Landesausschußsitzung bereits am 27. November beschlossen worden; AVA, DBLR, Fasz. 3, Landesausschußsitzung.

¹³⁶ AVA, Staatsratsprotokolle 1918, Verhandlungsschrift über die 58. Sitzung, S. 5; Staatssekretär Solf wies das Ansinnen der Deutschböhmen zurück, da er seiner Regierung (wie in allen Fragen des österreichischen Anschlusses) nicht das Odium pangermanistischer Annexionspolitik aufladen wollte; er telegraphierte daher an Lodgman: „Eine Weiterleitung der Telegramme würde sicherlich nicht den gewünschten Erfolg haben, da man dann in den Telegrammen eine von Deutschland bestellte Arbeit gesehen haben würde.“ Solf an Lodgman, Dresden, 12. 12. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 23, Liasse Friedensverhandlungen.

¹³⁷ Wolf am 9. Dezember; AVA, Staatsratsprotokolle 1918, Verhandlungsschrift S. 6.

¹³⁸ E b e n d a .

¹³⁹ E b e n d a .

¹⁴⁰ E b e n d a 8.

Rechtsverwahrungen Rechnung, wobei nur eines neu war, daß Wien diesmal in aller Form um die Abhaltung einer Volksabstimmung in den Sudetengebieten unter neutraler Kontrolle ersuchte und die Mächte aufforderte, vor einer solchen Abstimmung keine Entscheidung zu treffen¹⁴¹.

Die Entscheidung der Wiener Regierung in der Sudetenfrage war für die weitere politische Tätigkeit der nach Wien geflüchteten Landesregierung bedeutsam, da das Kabinett deren Etablierung als „reine politische Vertretung Deutschböhmens“, die nichts mehr mit der Administration zu tun hatte, zustimmte und sie förderte¹⁴².

Die Parteien und die Wahlfrage

Die durch die Rennersche Formel überdeckten Gegensätze innerhalb der österreichischen Regierung traten schon in der Staatsratssitzung vom 13. Dezember erneut auf, als man über die Abhaltung von Wahlen bzw. einer Volksabstimmung in den besetzten Gebieten sprach. Die Sozialdemokraten traten für eine „unverzügliche Vornahme von Notwahlen“ ein, wie der Antrag Renners lautete¹⁴³. Sie waren sich dabei im klaren, daß normale Wahlen für die Konstituante, die für den 16. Februar vorgesehen waren, kaum durchgeführt werden konnten, doch hielten sie „eine plebiszitäre Wahl, welche die Bevölkerung trotz der tschechischen Besetzung durchzuführen im Stande wäre“, für besser als die Anwendung des Notwahlparagraphen, nach dem der Staatsrat im Falle der Verhinderung der Wahl in besetzten Gebieten eine den Parteiverhältnissen entsprechende Anzahl von Abgeordneten in die Konstituante berufen konnte¹⁴⁴. Doch sollte auch dieses Wahlverfahren undurchführbar sein, dann sprachen sie sich „für rascheste Durchführung einer Volksabstimmung“ aus, um die Bevölkerung aus der politischen Lethargie zu reißen und der Weltöffentlichkeit die Unhaltbarkeit der Zustände klarzumachen¹⁴⁵. Aus dem gleichen Grund setzten sie sich auch „für Parteiwahlen ohne Kompromißliste“ ein, „da dann der Wähler geneigter wäre, Widerwärtigkeiten zu erdulden“¹⁴⁶. Eine Politisierung dieser Art befürworteten die im Staatsrat vertretenen Bürgerlichen allerdings nicht; einer Volksabstimmung stimmten sie nur unter der Voraussetzung zu, daß sie „unter dem Schutz einer neutralen Macht“

¹⁴¹ The Swedish Legation to the Department of State, FR, PPC, Bd. 2, S. 379; NFP 14. 12. 1918, S. 4; am gleichen Tag unterbreitete Wien Präsident Wilson den Schiedsgerichtsvorschlag, den es zwei Wochen vorher der Prager Regierung übermittelt hatte; FR, PPC, Bd. 2, S. 202—203. — P e r m a n : Shaping 11—78; diese Noten hatten allerdings nur den unerwünschten Nebeneffekt, die Zustimmung der italienischen, französischen und britischen Regierung zur vorläufigen Besetzung der Sudetengebiete zu bewirken, da sie Beneš die Gelegenheit gaben, „de prendre immédiatement les mesures qui s'imposaient“. B e n e š : Souvenirs II, 503.

¹⁴² Die Landesregierung hatte ihren Entschluß, nach der Besetzung als politische Instanz weiter zu fungieren, der Bevölkerung am 14. 12. bekanntgegeben. NFP 15. 12. 1918, S. 6.

¹⁴³ AVA, Staatsratsprotokolle 1918, Verhandlungsschrift S. 9.

¹⁴⁴ E b e n d a 12.

¹⁴⁵ E b e n d a 10.

¹⁴⁶ E b e n d a 10.

stattfände; eine plebiszitäre Notwahl lehnten sie grundsätzlich ab, auch reguläre Wahlen konnten sie sich nur mit einer gemeinsamen Liste aller Parteien vorstellen. Ihre Angst vor einem Zerfall der bürgerlichen Bewegung in einer durch nationale und soziale Probleme erschütterten Gesellschaft verbarg sich unter dem Deckmantel einer scheinbar objektiv notwendigen nationalen Einheitsfront. Die Spannung innerhalb der bürgerlichen Rechten zwischen jenen, die jede Verschärfung der Lage vermeiden wollten und jenen, die sich aus einer bewußten Verunsicherung der Bevölkerung eine Förderung des Nationalismus erhofften, wurde für den Augenblick zugunsten der bürgerlichen Sekurität entschieden: der Antrag Renners auf Abhaltung von Notwahlen und einer Volksabstimmung wurde abgelehnt.

Die Konstellation in der deutschböhmischen Landesratssitzung vom 29. Dezember, in der diese Frage ebenfalls erörtert wurde, entspricht genau dem ange deuteten Zwiespalt in der bürgerlichen Rechten, wobei sich den Radikalen die Sozialdemokraten zuordneten. Grundsätzlich waren alle deutschnationalen Abgeordneten für eine gemeinsame Liste der Parteien, daß „parteilpolitische Zwecke zurücktreten müßten“¹⁴⁷, weil „sonst die Wahl leidenschaftlich größer wäre als der Wille der Selbstbestimmung“¹⁴⁸. Einzig Lodgman findet sich unter den Bürgerlichen mit der Vorstellung ab, daß eine gemeinsame Liste unmöglich ist und daß es noch immer besser ist, eine Wahl mit verschiedenen Listen abzuhalten als gar keine. Mit seinem Aufruf: „Darüber sind sich alle klar, daß Wahlen in Deutschböhmen nur dann stattfinden können, wenn ihnen eventuell alle jetzt bestehenden Parteien zustimmen, sei es auf Grund einer Liste oder auf Grund mehrerer Listen“ und mit dem Hinweis: „Die Wahlen seien das einzige Mittel zum Zweck (sollen die Bevölkerung entflammen, ersetzen das Plebiszit!)“ hilft er den zögernden Deutschnationalen über ihre Angst vor einer parteipolitisch gebundenen Wahlagitation hinweg und wirbt um Verständnis für die Haltung der Sozialdemokraten¹⁴⁹. Lodgman konnte dies ohne Zögern tun, da er erkannt hatte, daß von seiten der Sozialdemokraten keine Gefährdung der nationalen Belange Deutschböhmens zu erwarten war, auch wenn ein echter Wahlkampf durchgeführt werden würde. Denn sein Prinzip, daß man „die Tschechen fortwährend ins Unrecht setzen müsse“ und dies vor allem durch die Wahlbewegung möglich sei, wurde nicht von den Deutschnationalen, sondern von den Sozialdemokraten unterstützt und in militantester Form artikuliert. Seliger formulierte als politisches Programm, daß man der deutschböhmischen Bevölkerung klare Konzepte vorlegen müsse:

„Die Auffassung muß da sein und aufrechterhalten werden, daß wir unser Selbstbestimmungsrecht behaupten wollen. Das beste Mittel ist, die Bevölkerung es selbst aussprechen zu lassen. [...] Wir müssen Situationen herbeiführen, wo jeder einzelne das Verhalten der Tschechen als Vergewaltigung seiner Persönlichkeit empfindet. Wir müssen also hinausgehen und für das Volk sprechen. Das ist der Weg: Ich nehme jedes andere Mittel als das der Wahl an, wenn es ein solches

¹⁴⁷ AVA, DBLR, Fasz. 42, S. 9.

¹⁴⁸ E b e n d a 13.

¹⁴⁹ E b e n d a 15—16.

gibt. Nicht, daß Vertreter da sind, darauf kommt es an, daß Deutschböhmen nicht verfäult¹⁵⁰.“ „Ich lege Wert darauf, daß wir in der Konstituante vertreten sind, noch wichtiger ist, daß uns Deutschböhmen nicht innerlich verloren geht. Die Leute glauben nicht mehr an die Selbstbestimmung, wir sind nur papierene Abgeordnete. Wir müssen versuchen, das Plebiszit zu erwirken und müssen vorher unter die Leute gehen. Wir müssen Mühe an den Tag legen¹⁵¹.“

Nicht Wahlen zur Ermittlung des politischen Willens der Massen, sondern Wahlen als nationalistisches Agitationsinstrument sah diese von bürgerlichen Ideologen korrumpierte Sozialdemokratie vor. Der Abgeordnete Czermak war sich der Funktion der Wahlpropaganda bewußt: „Die Tschechen sind bemüht, Tatsachen vor die Friedenskonferenz zu setzen. Sie wollen sagen, alles ist in Ordnung. Es sind nur ein paar Hetzer. [...] Nicht wie wir die Wahlen jetzt machen ist die Hauptsache, sondern daß wir sie wollen¹⁵².“

Die sozialdemokratische und radikale deutschnationale Linie in bezug auf die Wahlen setzte sich durch. Bereits am 15. Jänner hieß es in einem Erlaß an die „Geschäftsstellen“, jene Unterorganisationen, die sich die Landesregierung in Deutschböhmen geschaffen hatte, „daß die Landesregierung in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse die gesamte Vorbereitung zur Durchführung der Wahlen zur d. ö. Nationalversammlung im Sinne der Beratungen der Landesregierung am 30. Dezember 1918 nur als Plattform für das Selbstbestimmungsrecht anzusehen vermag, da aller Voraussicht nach die Wahl von den Behörden des tschechoslowakischen Staates verhindert werden dürfte“¹⁵³.

Die heftigen Diskussionen um die Anwendung des Notwahlparagraphen, die in den nächsten Monaten mit ziemlichem Einsatz aller Parteien geführt wurden, stehen in auffälligem Gegensatz zur Zusammenarbeit der Parteien gerade in bezug auf die Umfunktionierung der Wahlbewegung. Diese Gegensätzlichkeit stellt allerdings nur zwei Seiten ein und desselben politischen Systems dar: Als Parteien mußten sie der Öffentlichkeit Scheingefechte liefern, die darauf abgestimmt waren, die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten zu überdecken. Die Sozialdemokraten spielten sich dabei als die Vertreter des demokratischen Systems auf, demgegenüber sie die Bürgerlichen als Protagonisten autoritärer Ernennungskonzepte abqualifizierten¹⁵⁴. Zweifelsohne verbirgt sich hinter dem damit angesprochenen Beurteilungsschema auch ein Stück Wirklichkeit, da die Bürgerlichen als Parteien tatsächlich aus Ernennungsbestimmungen nur profitieren konnten. Doch darum ging es nicht in erster Linie, sondern um die Überdeckungsfunktion, die das Ritual der innenpolitischen Diskussion für die von der Regierung teils

¹⁵⁰ E b e n d a 10—11.

¹⁵¹ E b e n d a 15.

¹⁵² E b e n d a 14.

¹⁵³ AVA, DBLR, Fasz. 9, Zl. 27/präs. — 1919.

¹⁵⁴ M o l i s c h : Freiheitsbewegung 155—156 hat durchaus recht, wenn er den Widerspruch zwischen der Bereitschaft der Sozialdemokraten vom Oktober 1918, eine den tatsächlichen Wahlverhältnissen von 1911 entsprechende Zahl von Landtagsmitgliedern zu ernennen, und der Weigerung im Frühjahr 1919, solchen Ernennungen für den Nationalrat zuzustimmen, herausstreicht.

geduldet, teils sogar geförderte Aktivität nicht kontrollierter Privater hatte, unter anderem auch jener Politiker, die die Wahlbewegung mißbrauchten.

In der Öffentlichkeit wurde die Ernennung von Nationalräten erst nach dem 28. Februar beraten¹⁵⁵; doch die Landesregierung hatte bereits am 15. Jänner den Geschäftsstellen den Auftrag erteilt, Vorbereitungen zu treffen, „daß die Vertretung Deutschböhmens unter Zuhilfenahme des in der d. ö. Verfassung vorgesehenen Notparagrafen zu Stande gebracht werde“¹⁵⁶. Ende Jänner diskutierte man noch eine neue Landswahlordnung, die am 6. Februar zum Beschluß erhoben wurde¹⁵⁷. Bereits am 4. Februar verwahrten sich die Bürgerlichen dagegen, daß diese Wahlordnung „in irgendeiner Weise für die Entsendung von Abgeordneten in die deutschösterreichische Nationalversammlung in Anwendung gebracht“ werde¹⁵⁸. Für diesen Beschluß waren wahrarithmetische Überlegungen ausschlaggebend: die Bürgerlichen wollten jeden Zusammenhang zwischen der durch ernannte Vertreter ergänzten, von Sozialdemokraten dominierten Landesversammlung und dem Nationalrat unterbinden, da sie sich die Ernennungen in die Konstituante nach den Stimmenabgaben bei den Reichsratswahlen im Jahre 1911 unter Anwendung des Proporztes vorstellten, wodurch ihre Vormachtstellung gesichert gewesen wäre.

Den Sozialdemokraten war es nicht möglich, auf derartige Vorstellungen einzugehen. Der sozialdemokratische Verband, der von den neugewählten Vertretern gebildet wurde, lehnte am 20. Februar Ernennungen kategorisch ab, da das Ergebnis der Wahlen von 1911 in keiner Weise mehr dem Wählerwillen entspräche. Statt dessen schlug Seliger vor, man solle danach trachten, „daß das deutsche Volk in Böhmen selbst in die Lage kommt, seinem Willen durch eine Wahl klaren Ausdruck zu geben und daß es hiezu den Entschluß und die Tatkraft findet“¹⁵⁹. Die deutschböhmischen Bürgerlichen aber versuchten die Situation auszunützen und forderten von der Staatsgewalt Österreichs das „Recht“, in die Nationalversammlung nominiert zu werden. In den deutschböhmischen Parteiberatungen, die auf Beschluß des Staatsrates am 21. Februar stattfanden, wurde eine Kampfstimmung erzeugt und Seliger verließ mit Hillebrand die Sitzung¹⁶⁰. Die Bürgerlichen lehnten den sozialdemokratischen Vorschlag nach Bestellung eines eigenen

¹⁵⁵ Die deutschböhmischen Parteien hatten am 10. Dezember noch den gemeinsamen Grundsatzbeschluß gefaßt, nicht Wahlen in die Nationalversammlung, sondern in die Landesversammlung vorzunehmen; die Gewählten sollten in die Konstituante kooptiert werden. Anfang Jänner hielt man die Abhaltung von Wahlen immerhin noch für möglich, die Geschäftsstellen wurden angewiesen, „alle für die Wahlen erforderlichen Vorarbeiten zu besorgen“. AVA, DBLR, Fasz. 8, Liasse „Vr“. Rundschreiben an alle deutschböhmischen Geschäftsstellen, Zl. 26/Präs. — 1919.

¹⁵⁶ AVA, DBLR, Fasz. 9, Zl. 27/Präs. — 1919.

¹⁵⁷ NFP 7. 2. 1919, S. 7; der Beschluß, die Landswahlordnung zu erstellen, wurde am 21. 1. gefaßt. NFP 22. 1. 1919, S. 5; AVA, DBLR, Fasz. 8.

¹⁵⁸ Schreiben der Deutschradikalen, Deutschen Agrarpartei, Deutsch-National-Fortschrittlichen, Christlichsozialen, Deutsch-Sozialen Arbeiterpartei, Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an den Staatsrat, NFP 8. 2. 1919, S. 7.

¹⁵⁹ NFP 20. 2. 1919, S. 7.

¹⁶⁰ NFP 21. 2. 1919, S. 5 und 22. 2., S. 5.

Staatssekretärs für die Sudetenbelange ab¹⁶¹. Obwohl Renner zu bedenken gab, daß der ursprüngliche Sinn des Notwahlparagraphen nur der gewesen wäre, für kleinere Gebiete eine Vertretung zu sichern, hier aber „Quantität in Qualität“ umschlüge¹⁶², beschloß der Staatsrat am 26. Februar tatsächlich, Ernennungen durchzuführen¹⁶³. Die Bürgerlichen bestimmten bereits die Abgeordneten¹⁶⁴, doch der Staatsrat zögerte mit den Ernennungen, so daß die Sudetenvertreter in der Nationalratsitzung vom 4. März nicht vertreten waren. Am 7. März überstimmten die Sozialdemokraten und Christlichsozialen im Verfassungsausschuß zum erstenmal die Deutschnationalen in dieser Frage¹⁶⁵. Sie erledigte sich bald, da die Christlichsozialen keine Lust zeigten, ihre Kontrahenten, die Deutschnationalen, zu stärken.

In der Nationalratssitzung vom 12. März kam noch ein winziges Stück partei- und gesellschaftspolitischer Überlegung auf seiten der Sozialdemokraten zum Vorschein, als Austerlitz über die bürgerlichen Politiker, die nach Ernennung riefen, urteilte:

„Wer diese Ernennungen verlangt, das sind im Grunde nur diejenigen, die aus diesem Hause ausgeschieden sind und von denen man nur bedauern kann, daß es nicht möglich war, durch das Votum des Volkes dieses Ausscheiden zu besiegeln, die so lange hier als Vertreter des deutschböhmischen Volkes sich aufgetan haben und durch allerlei Machinationen sich wieder einschmuggeln wollen¹⁶⁶.“

Nur dann, wenn es um formaldemokratische Probleme ging und wenn auf historische Zustände rekurriert wurde, setzte sich die Sozialdemokratie von den Bürgerlichen ab. Mit der tatsächlichen Politik der Sozialdemokraten läßt sich die Deklaration von Austerlitz viel weniger in Einklang bringen als jene Renners vom 24. Februar, in der parteipolitische Probleme völlig außer acht gelassen werden:

„Unsere deutschen Stammes- und Staatsgenossen mögen nur stark bleiben! Es handelt sich nur um Zeitabschnitte, die im Leben eines Volkes nicht mehr bedeuten als im Leben eines einzelnen Minuten. Zur Stunde ist die Welt aus den Fugen, aber sie renkt sich allmählich wieder ein und zur rechten Stunde werden die Deutschen in den Sudetenländern dort sein, wo sie hingehören¹⁶⁷.“

¹⁶¹ Molisch: Freiheitsbewegung 157.

¹⁶² Interview vom 24. s. NFP 25. 2. 1919, S. 3.

¹⁶³ NFP 27. 2. 1919, S. 3.

¹⁶⁴ NFP 28. 2. 1919, S. 6.

¹⁶⁵ NFP 7. 3. 1919, S. 7; die Frage kam dann noch auf die Tagesordnung der Nationalversammlung und am 12. März wurde mit den bürgerlichen Stimmen die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, der über die Anwendung des Paragraphen beraten sollte. NFP 13. 3. 1919, S. 8—9; die bürgerlichen Parteien Deutschböhmens forderten daher am 14. 3. sofort die Ernennungen. AVA, DBLR, Fasz. 10, Liasse 11/1919.

¹⁶⁶ NFP 13. 3. 1919, S. 9.

¹⁶⁷ Interview mit Renner, NFP 25. 2. 1919, S. 4.

Die Zweigeleisigkeit der österreichischen Sudeten- und Tschechoslowakeipolitik seit dem Staatsratsbeschuß vom 13. Dezember 1918 fand auch in organisatorischen Formen ihren Niederschlag: Für die „gemäßigte“ Politik war die Staatskanzlei zuständig, bzw. der schon seit November bestehende „Sudetendienst“, der in erster Linie für die Koordinierung der sudetendeutsche Probleme betreffenden Aktionen der Staatsämter verantwortlich war¹⁶⁸. Die „radikale“ Politik hingegen betrieb die deutschböhmisches Landesregierung, die „als politische Repräsentanz Deutschböhmens mit dem Sitz in Wien fungierte“, wie die Staatskanzlei den Staatsämtern mitteilte¹⁶⁹. Durch diese Aufteilung entzog sich die Staatskanzlei direkt die Möglichkeit einer Kontrolle der Aktivitäten der Landesregierung; nicht einmal über die Verwendung der zwanzig Millionen Kronen, die man Lodgman zur Verfügung gestellt hatte (und über die Seliger am 29. Dezember erklärte: „Die Art der Verwendung können wir der Öffentlichkeit nicht mitteilen.“), mußte die Landesregierung Rechenschaft ablegen¹⁷⁰.

Die „gemäßigte“ Politik der Wiener Regierung lief darauf hinaus, unter Nichtberührung der Rechtsansprüche eine ungestörte Entwicklung der sozialen Verhältnisse in Österreich und der Tschechoslowakei zu erreichen. Bereits am 13. Dezember informierte sie die Ententestaaten, daß sie „für die Verwaltung Deutschböhmens, insbesondere für den Verpflegdienst im Lande nicht mehr die Verantwortung trage“¹⁷¹. Trotzdem beschloß sie, daß „die Befriedigung fortlaufender dringender Bedürfnisse namentlich für Wohlfahrtseinrichtungen oder rechtlich erworbener Ansprüche von Wichtigkeit wäre“ und gibt Order, „gewisse sozialhygienische Einrichtungen in Deutschböhmen“ auch weiterhin zu fördern¹⁷². In ihrer Obsorge geht sie so weit, die Prager Regierung aufzufordern, ihren durch die Besetzung aufgelasteten Pflichten nachzukommen: Der Kabinettsrat beschloß beispielsweise am 28. Dezember, daß zwei Vertreter der Gewerkschaften nach Prag reisen sollten, um mit den zuständigen Stellen ein Abkommen zu erzielen, das die Fortführung der Arbeitslosenunterstützung sichere¹⁷³.

¹⁶⁸ Schreiben Renners an die Landesregierung vom 26. 11. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 14, Zl. 251/1919, über den Staatsratsbeschuß vom 25. 11.

¹⁶⁹ AVA, DBLR, Fasz. 9, 7. 1. 1919.

¹⁷⁰ AVA, DBLR, Fasz. 42, Landesratssitzung S. 4; Renner verlangte nur, daß aus diesem Fonds auch die Propagandatätigkeit mitfinanziert wurde, die von den sudetenländischen „Hilfsorganisationen und Propagandastellen“ betrieben wurde. Schreiben an Lodgman vom 14. 1. 1919, AVA, DBLR, Fasz. 9; Lodgman war dazu bereit; e b e n d a.

¹⁷¹ Note an die Ententestaaten, Sitzung des Staatsrats vom 13. 12. 1918, AVA, Staatsratsprotokolle 1918.

¹⁷² Rundschreiben der Staatskanzlei vom 23. 2. 1919 an alle Staatsämter und die sudeten-deutschen Landesregierungen, AVA, DBLR, Fasz. 12, Präs. 192.

¹⁷³ AVA, Kabinettsprotokolle 1918; das Staatsamt für Volksernährung trat Anfang Jänner an Tusar heran, damit dieser auf die widmungsrechte Verteilung des noch am 14. 10. 1918 vom ehemaligen Finanzminister der Prager Statthaltereie bewilligten Kredits zur Fortführung der Mindestbemitteltenaktion Einfluß nehme und darauf achte, daß der auf Deutschböhmen entfallende Teil flüssig gemacht werde. Sudetendienst an Landesregierung, 3. 1. 1919, AVA, DBLR, Fasz. 15.

Das Zusammenwirken zwischen Wien und Prag wird nirgends deutlicher als in der Beamtenfrage. Wien ging bei der Behandlung dieser Materie auch schon zu einer Zeit sehr vorsichtig um, als sie Besetzungen noch nicht befürchtete, und sicherte den tschechoslowakischen Staatsbediensteten in Deutschösterreich schon am 23. November die Weiterbezahlung ihrer Bezüge zu¹⁷⁴. Wesentlich rigorosser behandelte man deutsche Beamte; nach den Bestimmungen des Kabinettsrates vom 28. November waren „jene ehemals österreichischen Staatsbediensteten deutscher Nationalität im deutschösterreichischen Staatsgebiete, die das abverlangte Gelöbnis nicht leisteten, sofort unter Einstellung ihrer Bezüge des Dienstes zu entheben“¹⁷⁵. Wohl wurde ihnen fast gleichzeitig zugesichert, daß sie im Falle einer Entlassung durch tschechoslowakische Behörden in den deutschösterreichischen Dienst übernommen werden sollten¹⁷⁶, doch Wien mußte bald die Undurchführbarkeit dieser Bestimmung einsehen¹⁷⁷. Mit dem Erlaß vom 9. Dezember sprach sich die Staatskanzlei daher ausdrücklich gegen eine solche Übernahme in den Dienst des übrigen Österreich aus, weil dies „eine ungerechtfertigte Belohnung für mangelnde Zuverlässigkeit und Staatstreue bedeuten würde“¹⁷⁸. Die behördliche Behandlung der leidigen Angelobungsfrage holte die Realität am 15. Jänner ein, da nun festgestellt wurde, daß durch die Eidesleistung auf den tschechoslowakischen Staat „ein deutschösterreichischer Staatsbediensteter nicht aufhört, ein deutschösterreichischer Staatsbediensteter zu sein“¹⁷⁹. Die Befolgung der Bestimmung, daß „deutschösterreichische Staatsbedienstete im Interesse des deutschösterreichischen Staates und der deutschen Bevölkerung an ihren Amtsitzen solange als nur möglich auszuharren haben“¹⁸⁰, konnte den Beamten übrigens später zum Schaden ausgelegt werden, da nach den Kabinettsbeschlüssen vom 24. Oktober 1919 nur solche Bedienstete in den Staatsdienst aufgenommen wurden, „die zum Verlassen des Dienstes in den Nationalstaaten gezwungen wurden“¹⁸¹.

Die österreichische Regierung unterließ es nicht, die Chancen für ein Verbleiben der Beamten in der Tschechoslowakei zu erhöhen. Bereits am 19. Februar schloß Wien mit Prag einen Vertrag, durch den die Versorgungspflicht der beiden Staaten für Beamte der jeweils anderen Nationalität, die sich auf seinem Gebiet befanden, festgesetzt wurde¹⁸². Dieses Abkommen hatte den Vorteil, die sudeten-

¹⁷⁴ Beschlüsse des Kabinettsrates, mit den Durchführungsbestimmungen am 28. 11. 1918 an die Landesregierung übersandt. AVA, DBLR, Fasz. 9.

¹⁷⁵ AVA, Kabinettsprotokolle 1918.

¹⁷⁶ Diese Bestimmung wurde durch den Kabinettsrat vom 30. 11. 1918 bestätigt, da eine diesbezügliche Order des Staatsamtes für Finanzen nachträglich gebilligt wurde.

¹⁷⁷ Freißler und die sudetenländische Landesregierung hatten dies schon früher eingesehen und es daher nach der Besetzung „im Verkehre mit einigen Beamtengruppen, die dem vorläufigen Pflichtgelöbnis gegenüber der tschechischen Regierung widerstrebten, auch an sehr nachdrücklichen Vorstellungen nicht fehlen lassen“. Freißler: Zerfall 169.

¹⁷⁸ AVA, DBLR, Fasz. 7.

¹⁷⁹ Erlaß des Ministeriums des Innern. AVA, DBLR, Fasz. 9.

¹⁸⁰ E b e n d a.

¹⁸¹ AVA, Kabinettsprotokolle 1919.

¹⁸² Die Tschechoslowakei genehmigte den Vertrag in seiner Gesamtheit am 29. 3. 1919; Schreiben des Staatsamtes für Volksgesundheit von diesem Tag, AVA, DBLR, Fasz. 12, 169/1919.

deutsche Beamtenfrage zu lösen, indem sie in ein größeres Abkommen integriert wurde, das sich auf die Beamtenfrage im gesamten Gebiet der beiden Staaten bezog, wodurch ihr die politische Brisanz genommen wurde.

Lodgman hatte für diese Form der Regelung wenig Verständnis und er versuchte jede Inkonsequenz in ihrer Durchführung, die sich auf Einzelfälle von Nichtbezahlung der Gehälter beschränkte, zum Anlaß zu nehmen, Repressalien gegen tschechoslowakische Staatsbürger in Österreich zu ergreifen¹⁸³. Die Staatskanzlei würdigte diese Vorschläge nicht einmal einer Antwort, innerhalb ihrer eigenen Tätigkeit ließ sie sich durch radikale Vorstellungen nicht beirren. Die Trennung zwischen ihrer Aktivität und jener der von ihr maßgeblich geförderten Landesregierung war eine hundertprozentige. Renner dürfte subjektiv ehrlich der Überzeugung gewesen sein, daß offizielle Stellen — also auch die politische Repräsentanz der Deutschböhmen — mit der Vorbereitung von Massenaaktionen der Sudetendeutschen oder gar eines bewaffneten Aufstandes gegen die Tschechoslowaken nichts zu tun hatten. Die Charakteristik Österreichs durch Franz Klein in dessen Denkschrift über die internationale Lage traf allerdings nur für das offizielle Österreich zu, das eine „gemäßigte“ Politik betrieb:

„Deutsch-Österreich will ein Element des Friedens sein. Es hat sich durch die aufreizendsten Gewalttaten nicht von dieser Bahn abbringen lassen. Die Beschuldigung, gegen andere Nationen des ehemaligen Österreich kriegerische Handlungen zu unternehmen, kann es mit ruhigem Gewissen als durchaus unstichhältig zurückweisen¹⁸⁴.“

Politische Aktivität der Landesregierung im besetzten deutschböhmischem Gebiet

„Ein jeder wisse, daß für Deutschböhmen seine Landesregierung weiter aufrecht besteht, daß dies von außerordentlicher Wichtigkeit ist, weil heute die Landesregierung für Deutschböhmen die einzige öffentliche Stelle ist, welche Deutschböhmens Recht zu vertreten berufen ist“, gibt die Landesregierung in einem Rundschreiben an die Geschäftsstellen als politische Leitlinie bekannt; der Alleinanspruch, für die Deutschböhmen zu bestimmen, sollte der davon nicht genügend informierten Öffentlichkeit bekanntgemacht werden, um tschechische oder deutschböhmisches Befriedigungsaktionen zu hintertreiben¹⁸⁵.

Der Aufbau einer großangelegten Organisation sollte diese Informationstätigkeit ermöglichen. Bereits in der Landesratssitzung vom 29. Dezember 1918 be-

¹⁸³ Am 21. 1. 1919 regte er bei Bauer an, „Vergeltung gegen tschechische Staatsbürger auf deutschösterreichischem Boden“ zu üben (AVA, DBLR, Fasz. 9, auch NFP 29. 1. 1919, S. 6), wobei er — in seinem Schreiben an die Staatskanzlei vom 9. 4. — „in erster Reihe an die zahlreichen in Wien ansässigen Tschechen“ dachte. AVA, DBLR, Fasz. 20; einen gleichen Vorschlag unterbreitete er der Staatskanzlei auch am 2. Mai. AVA, DBLR, Fasz. 45. — H a s : Österreich-Ungarn 45.

¹⁸⁴ Denkschrift für Otto Bauer, im Rahmen der Friedensvorbereitungen abgefaßt. HHStA, NPA, Präs. Fasz. 1, Fol. 534; dazu: Bauer, Otto: Acht Monate auswärtiger Politik, Rede, gehalten am 29. Juli 1919. — Wien 1919 (Sozialistische Bücherei 12). — H a s : Österreich-Ungarn 144—145.

¹⁸⁵ Rundschreiben an alle Geschäftsstellen. AVA, DBLR, Fasz. 8, Liase 1919 „Vr“.

sprach Lodgman die Errichtung von „Agitationsstellen in Bayern, Sachsen und Preußisch Schlesien“ mit der Hauptstelle Dresden. Für Deutschböhmen war als nächste Maßnahme die Errichtung einer Pressestelle und eventuell die Herausgabe einer Zeitung gedacht. Lodgman setzte sich in dieser Sitzung auch bereits für die Realisierung eines Organisationsplanes ein, den der Pressereferent Dr. Lauer mann vorgelegt hatte und der als Grundlage der Propagandatätigkeit sechs Geschäftsstellen in Deutschböhmen, entsprechend den Wahlkreisbezirken, vorsah¹⁸⁶. Diese Geschäftsstellen errichtete man im Jänner in Reichenberg, Böhmisches Leipa, Teplitz-Schönau, Komotau, Karlsbad und Eger, dazu kam später noch Warnsdorf¹⁸⁷. Ein ständiger Kurierdienst wurde eingerichtet, um die Verbindung aufrecht zu erhalten und die Finanzierung zu ermöglichen. Die Dotierung der einzelnen Stellen war ziemlich hoch: Wie aus einem Rundschreiben an sie hervorgeht, erhielten Reichenberg, Eger, Karlsbad, Komotau und Warnsdorf zusammen 878 000 Kronen, Dresden 100 000 Mark¹⁸⁸. Ende Jänner erfolgte im Verwaltungsaufbau insofern eine Änderung, als „für die deutschböhmisches Geschäftsstellen eine Zentral- und Hauptstelle in Teplitz“ errichtet wurde, über die ab nun die Verbindung mit Wien erfolgen sollte, da sich Dresden als Koordinierungszentrum zu ablegen erwiesen hatte¹⁸⁹. In der sächsischen Hauptstadt befand sich aber weiterhin eine Geschäftsstelle und daneben noch ein deutschböhmisches Soldatenrat, der von zwei Mitgliedern des Reichenberger Soldatenrates begründet worden war und der dem Wiener Heeresamt unterstellt war. Die Geschäftsstelle bestand auf strikter Trennung der beiden Organisationen, insbesondere nachdem sich im Soldatenrat linke Tendenzen bemerkbar gemacht hatten, die der nationalen Propaganda abträglich schienen¹⁹⁰.

Hauptaufgaben der Geschäftsstellen waren die Entfaltung einer breiten Propagandatätigkeit und Abfassung von Situationsberichten an die Regierung, später auch die Errichtung des Sicherheitsdienstes. Dresden galt außerdem noch als „Werbestelle“ für die Auslandspropaganda im Deutschen Reich. Die Situationsberichte sollten in Form von zwei Wochenberichten über die Maßnahmen der Tschechen, insbesondere Gewalttätigkeiten, den Stand der Ernährungsverhältnisse und das Verhalten der Deutschen unterrichten¹⁹¹. Hauptzweck der Propagandatätigkeit war die Verbreitung des Grundsatzes, daß „Deutschböhmen ein selbst-

¹⁸⁶ Landesregierungssitzung vom 29. 12. 1918. AVA, DBLR, Fasz. 42, Landesregierung, Sitzungen, S. 11; auch besprochen im Bericht Lauer mann vom Mai 1919, S. 4, AVA, DBLR, Fasz. 13, Liasse 207/1919.

¹⁸⁷ „Über die Errichtung eines Werbedienstes für Deutschböhmen“, undatiert. AVA, DBLR, Fasz. 24, Liasse „Geschäftsstellen“, S. 1.

¹⁸⁸ Rundschreiben an die Geschäftsstellen, undatiert. AVA, DBLR, Fasz. 8, Liasse 1919 „Vr“, Zl. 26/präs.

¹⁸⁹ Landesratssitzung vom 5. Februar, S. 2. AVA, DBLR, Fasz. 8, Liasse 1919 „Vr“.

¹⁹⁰ Vertrauliche Sitzung der Mitglieder der Landesversammlung vor der öffentlichen Sitzung vom 5. Februar, Protokoll S. 2. AVA, DBLR, Fasz. 43, Liasse Landtag-Landesversammlung 1918/1919; die von Molisch mitgeteilte Zusammenlegung der beiden Organisationen dürfte erst im Frühjahr vorgenommen worden sein. Molisch: Freiheitsbewegung 135—136.

¹⁹¹ Rundschreiben an die Geschäftsstellen, S. 3, s. Anm. 188.

ständiges Land sein könne und müsse¹⁹². Tschechische Behauptungen über die Lebensunfähigkeit des Landes seien zu widerlegen, „tschechische Lockungen“ zu entlarven; die zum Wehrdienst Gezwungenen sollten zu einem politischen Verhalten gebracht werden, das demjenigen „der tschechischen Regimenter im ehemaligen Staat“ gleicht. Selbst der Deutschnationale Molisch, der behauptet, daß „niemals von maßgeblicher Seite bolschewistische Umtriebe begünstigt wurden“, ist nicht hinreichend informiert über die Taktik der Landesregierung, die in ihrer Instruktion für die Wehrpflichtigen sogar „die Propagierung von Soldatenräten in Gemeinschaft mit den tschechischen Soldaten“ empfiehlt¹⁹³.

Die Errichtung der Geschäftsstellen ging allerdings nicht so klaglos vonstatten, wie es sich die Landesregierung im Sinne des Aufbaues einer politischen Verwaltung gewünscht hätte. Am 5. Februar zog die Landesversammlung in Wien Bilanz über den Fortgang der Errichtung der Organisation. Dabei wurde über das mangelnde Entgegenkommen der Industriellen debattiert, mit denen „ernste Auseinandersetzungen zu führen seien“. Auch die Verbindung mit der Bevölkerung lasse, mit Ausnahme im Egerland, zu wünschen übrig, die Geschäftsstellen seien nicht als vollwertige politische Instanzen anerkannt; auf die bolschewistischen Umtriebe in Warnsdorf hatte die Geschäftsstelle beispielsweise keinen Einfluß, obwohl in ihr doch Sozialdemokraten vertreten waren (!)¹⁹⁴. Alle Redner betonten weiterhin, daß die Verbindung zwischen den Geschäftsstellen und Wien äußerst lose sei, weshalb man zur Aufhebung der „vollständigen Desorganisation“ die Errichtung der Teplitzer Hauptgeschäftsstelle beschloß.

Alle in der Sitzung vorgebrachten Berichte bewiesen, daß der Aufbau einer „inneren Verwaltung“, wie ihn sich die Landesregierung vorgestellt hatte, gescheitert war. Die Gründe für dieses Scheitern lagen aber nicht etwa in einer geringen Bereitschaft der Bevölkerung, die nationalistische Propaganda zu rezipieren, sondern in parteipolitischen Problemen. Die Propaganda funktionierte ja, nicht aber die Errichtung der Geschäftsstellen als von allen Parteien vollwertig anerkannte Körperschaften. Schon Anfang Jänner machte sich bemerkbar, daß es in Wien leichter möglich gewesen war, die politischen Repräsentanten der Parteien auf ein gemeinsames Programm zu verpflichten als in den lokalen Parteiorganisationen. Man mußte alle in den betreffenden Bezirken maßgeblichen Parteien in die Geschäftsstelle aufnehmen, wodurch sich die Verhandlungen um deren Gründung sehr verzögerten. Aus Reichenberg und Karlsbad werden solche Schwierigkeiten gemeldet¹⁹⁵.

Die komplizierte Parteistruktur der Bürgerlichen und die gute Organisation der Sozialdemokratischen Partei brachte es mit sich, daß sich Lauer mann der letzteren bediente: „Es war kein Zweifel, daß ich mit dem Entwurfe der sozialdemokratischen Organisation in die Hände arbeitete“, schreibt er in seinem Rechenschaftsbericht¹⁹⁶. Mit ihrer Zustimmung zur deutschnationalistischen

¹⁹² „Über die Errichtung eines Werbedienstes“, S. 3, s. Anm. 187.

¹⁹³ E b e n d a 5. — M o l i s c h: Freiheitsbewegung 121—122.

¹⁹⁴ Landesratssitzung vom 5. Februar, s. Anm. 189.

¹⁹⁵ E b e n d a.

¹⁹⁶ Bericht Lauer mann's S. 4, s. Anm. 186.

Deutschböhmenpolitik gaben die Sozialdemokraten also die Zustimmung zur perversierten Verwendung ihrer Parteiorganisation, wodurch die grundsätzliche Tendenz zur Abschwächung von Klassengegensätzen ungemein begünstigt wurde, da alle verfügbaren Kräfte zweckentfremdet beschäftigt wurden. „Es zeigte sich später, daß es gerade die Sozialdemokraten waren, welche die lebhafteste Werbetätigkeit entfalteten“, lobt Lauer mann die bisher als Vaterlandsverräter Beschimpften; und den Bürgerlichen wirft er Untätigkeit vor: „Die bürgerlichen Parteien waren nicht geschlossen, doch wurden die bürgerlichen Kreise mit in die Bewegung gerissen, wenn auch nicht so, wie es sich manche bürgerliche Kreise gewünscht haben¹⁹⁷.“ Lauer mann spricht hier die Zweigeleisigkeit im bürgerlichen Lager zwischen Sekuritätsbedürftigen und Nationalisten an und betont weiter, daß der Führungsanspruch der von radikalen Nationalisten geleiteten Landesregierung nur aufrechterhalten werden konnte, weil ihn die Sozialdemokraten nicht in Frage stellten.

Dieser Führungsanspruch wurde bis nach den Märzereignissen weder von den proletarischen Massen, von den Bürgerlichen, noch von den Parteiorganisationen im Lande selbst in Frage gestellt. Trotz des eindeutigen Versagens des politischen Konzeptes (Aufbau einer inneren Verwaltung) kündigt sich nur maßvoll Kritik an. Der sozialdemokratische Abgeordnete Czermak erklärte in der Sitzung vom 5. Februar, „er habe den Eindruck, daß hier in Wien manches gearbeitet werde, daß aber die einheitliche Führung fehle. Redner glaube, daß überhaupt die Wirksamkeit der Landesregierung in Wien aufgeworfen werden müsse“¹⁹⁸.

Doch der Prozeß der Verselbständigung der Parteienvertreter im Lande selbst war damit kaum angedeutet. Czermak stellte noch nicht den Führungsanspruch der Landesregierung selbst zur Diskussion, sondern nur deren Wirksamkeit und empfiehlt als Ausweg, „daß die Beamten der Landesregierung sich nach Böhmen begeben, denn gearbeitet müsse im Lande werden“¹⁹⁹. Die Konsequenz aus der Feststellung, daß „sich bisher nur gezeigt habe, daß die praktische Verbindung mit den Bevölkerungsgruppen fehle“, wurde erst nach dem gänzlichen Fehlschlagen des Konzeptes der Landesregierung gezogen.

Vorerst war dieses Konzept unangefochten. Die Propagandatätigkeit, auf die es in erster Linie ankam, funktionierte gut, weil sich die Sozialdemokraten ihrer angenommen hatten²⁰⁰. Die Feststellung Lauer manns, daß „der Umschwung, der im Laufe der letzten vier Wochen eingetreten ist, nicht nur auf das Verhalten der Tschechen selbst zurückzuführen ist, sondern auch als eine Wirkung der Propagandatätigkeit zu buchen“ sei, fand ungeteilte Zustimmung²⁰¹.

¹⁹⁷ E b e n d a 4.

¹⁹⁸ Landesratssitzung vom 5. Februar, S. 3, s. Anm. 189.

¹⁹⁹ E b e n d a 3.

²⁰⁰ Auf die Propagandatätigkeit braucht nicht näher eingegangen zu werden, da sie, was Umfang und Wirkung betrifft, von C é s a r / Č e r n ý : Politika I, 68—112 behandelt wird.

²⁰¹ Landesratssitzung vom 5. Februar, S. 14, s. Anm. 189.

*Deutschböhmisches Propagandamaßnahmen in Österreich
und der „Hilfsverein für Deutschböhmen und Sudetenland“*

„Nachdem ich auf die angegebene Weise für eine wirksame Organisation der Volksbewegung in Deutschböhmen gesorgt hatte, ging ich daran, mit den deutschböhmenischen und sudetenländischen Kreisen in der Wiener Bevölkerung Fühlung zu nehmen“, berichtet Lauer²⁰². In mehreren großangelegten Presseaktionen informierte die deutschböhmenische Presseabteilung von den Vorgängen in den Nordprovinzen, wobei sie sich der Corona jener 600 000 Sudetendeutschen bediente, die außerhalb der besetzten Gebiete lebten²⁰³. Den bedeutsameren Teil der Öffentlichkeitsarbeit bildete 1919 aber die Tätigkeit einer zweiten Presseabteilung, die sich mit der Organisation von großen Volkskundgebungen und der Bildung eines Vereins der Auslands-Sudetendeutschen, des „Hilfsvereins für Deutschböhmen und Sudetenland“ befaßte. Die Gründung dieses Vereins am 19. Jänner im Rahmen einer Volkskundgebung bedeutete einen wichtigen Schritt für die Entfaltung der sudetendeutschen Irredentabewegung in Österreich, die bis zum Zweiten Weltkrieg unter geistiger Leitung des Vereins blieb²⁰⁴. Der Verein, dessen reaktionäre Grundhaltung schon in den 20er Jahren unmittelbar evident war und der eine nicht unbedeutende Rolle für die faschistischen Bewegungen in Ostmitteleuropa spielte, wurde 1919 unter der Patronanz auch der sozialdemokratischen Politiker begründet. Unterstaatssekretär Glöckel, der für letztere am 19. Jänner sprach, versagte sich nicht den kurzen historischen Rekurs, daß es „die deutsche Arbeiterschaft oft recht bitter empfindet, daß man ihren wirtschaftlichen Forderungen mit nationalen Einwänden entgegenzutreten suchte“, es blieb ihm aber verborgen, daß genau diese Situation mit Billigung der sozialdemokratischen Funktionäre wieder eingetreten war. Ob ihm aber nicht dann Zweifel an der Richtigkeit seines Eintretens für nationale Belange gekommen sind, als nach seinem leidenschaftlichen Aufruf zur Vereinigung aller Deutschen nicht „Heilrufe“ zu hören waren, wie die Neue Freie Presse beschönigend kolportiert, sondern „Rufe: Ohne Juden!“, wie die stenographische Mitschrift beweist²⁰⁵?

Die offizielle Billigung des Vereins wurde schon durch die Tatsache unterstrichen, daß Renner neben Liebig, Pacher, Schaukal, Hanusch, Urban, Günther und Molisch im Präsidium saß²⁰⁶. Inoffiziell war die Billigung noch viel klarer, da

²⁰² Bericht Lauer²⁰², S. 6, s. Anm. 186.

²⁰³ Mit dieser Zahl rechnete die Zeitschrift des Hilfsvereins, die in Wien von 1920 bis 1938 herauskam; zu den Presseaktionen s. NFP 9. 2. 1919 „Für das Recht der Sudetendeutschen“.

²⁰⁴ C é s a r, Jaroslav / Č e r n ý, Bohumil: Irredentistické hnutí německých buržoazních nacionalistů z ČSR v letech 1918—1929 [Die irredentistische Bewegung der deutschen bürgerlichen Nationalisten in der ČSR in den Jahren 1918—1929]. ČCH 9 (1961) 789—806; weitere Literaturhinweise s. die Bibliographie von Axel S c h n o r b u s im Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Hrsg. im Auftrag des Collegium Carolinum von Karl B o s l. Bd. 3. Stuttgart 1968, S. 239—273, hier 267—269.

²⁰⁵ NFP 20. 1. 1919, S. 5; Stenographisches Protokoll der Protestversammlung gegen die Vergewaltigung Deutschböhmens und des Sudetenlandes. AVA, DBLR, Fasz. 22.

²⁰⁶ M o l i s c h: Freiheitsbewegung schweigt sich über den Verein, der doch sein Buch finanzierte, aus.

Renner wissen mußte, daß der Verein aus der deutschböhmisches Finanzverwaltung bis Sommer 1919 100 000 Kronen erhielt, die in zwei Teilbeträgen Josef Mayer zugewiesen wurden, von dessen Aktionen sich die Regierung im März 1919 offiziell distanzierte²⁰⁷!

Lodgman wußte viel besser als die antisemitische Zuhörerschaft vom 19. Jänner, was er der „verjudeten Sozialdemokratie“ schuldete. In allen seinen Reden wendet er sich wenigstens einmal direkt an die Arbeiterschaft und stellt in unheimlich agitatorischer Weise die Interessengleichheit von Arbeitern und Besitzenden her, indem er mit dem Moment der sozialen Verunsicherung aufwartet: „Die deutschen Proletarier werden von den Tschechen verdrängt werden, die Tschechen scheuen auch heute nicht davor zurück, das haben sie heute bewiesen, Privateigentum anzugreifen, wenn es gilt, dem tschechischen Chauvinismus freie Bahn zu schaffen²⁰⁸.“ Mit eben denselben Phrasen suggeriert er seinen Zuhörern auch das Ziel des Vereins und der Tätigkeit der Landesregierung ein: es gäbe „keine Schwachmütigkeit“, „über sein Schicksal entscheidet nur das Volk allein“ und droht mit einem „neuen Balkan“²⁰⁹. Mit solchen nationalistischen Adressen wandten sich die deutschböhmisches Abgeordneten an die österreichische Öffentlichkeit und an die Tschechen.

Der Tonfall ändert sich wohl bereits im Laufe des Jahres 1919 und überhaupt nach der Unterzeichnung der Friedensverträge, da die österreichische Regierung keine antitschechische illegale Tätigkeit offiziell dulden konnte. Dafür verlagert der Hilfsverein seine Aktivitäten mehr und mehr in den Untergrund und tarnt die nationalistische Agitation mit dem Sozialhilfecharakter der Organisation.

*„Auf der Suche nach Recht in der Schweiz“ — deutschböhmisches Propaganda
im neutralen Ausland und in den Ententestaaten*

Die Ungewißheit über die Entscheidung bezüglich der Zugehörigkeit Deutschböhmens bestärkte dessen politische Repräsentanten in ihrem Bestreben, eine antitschechische Politik zu betreiben. Lodgman betonte wohl bei jeder nur möglichen Gelegenheit, daß das Schicksal Deutschböhmens letztlich nicht vom Schiedsspruch der Pariser Mächte, sondern von den Deutschböhmen selbst abhängt. Zweifelsohne verließ sich die offizielle österreichische Politik weit mehr auf eine positive Entscheidung der Pariser Mächte als die deutschböhmisches Politiker. Doch auch Lodgman war noch am 13. Februar der Meinung, „daß unsere Sache im allgemeinen gut stehe“ und daß „daher vorläufig kein Anlaß zu einer besonderen Aktion des Egerlandes bestehe“, über deren Notwendigkeit ihn Mayer befragt hatte²¹⁰.

²⁰⁷ Dankschreiben des Hilfsvereins vom 5. Mai, AVA, DBLR, Fasz. 13; Antrag um zweiten Betrag vom 7. Juni, dem von Langenhan stattgegeben wurde, e b e n d a.

²⁰⁸ NFP 20. 1. 1919, S. 5.

²⁰⁹ E b e n d a ; in ähnlicher Weise lassen sich deutschnationale Abgeordnete auch bei der Gründung der Zweigstellen in Graz und Innsbruck vernehmen. NFP 11. 2. 1919, S. 7.

²¹⁰ Lodgman an Mayer, AVA, DBLR, Fasz. 39, Korrespondenz; ebenso optimistischer Brief Meyers vom 8. 2., e b e n d a.

Der Schriftwechsel Lodgman-Mayer fällt in die Zeit von Lodgmans Anwesenheit in der Schweiz; diese Reise war seit Ende Dezember geplant, aber erst am 39. Jänner gab sie die Landesregierung bekannt²¹¹. Die Hoffnung, die sich die Deutschböhmen von der Reise machten, war allerdings trügerisch; die offiziellen Stellungnahmen der Landesregierung stehen in krassem Widerspruch zu den Versionen, die innerhalb der Landesregierung über die Effizienz der Unterredungen kursierten²¹². Tatsächlich konnte nicht mehr als „der Versuch gemacht werden, mit den Ententemächten zu sprechen“²¹³. „Eine offizielle Berührung mit den diplomatischen Missionen der Entente in der Schweiz konnte nicht erzielt werden“, es gelang nur, „die Fühlung mit vielen halboffiziellen Vertrauenspersonen herzustellen“, berichtet Freißler über seine Schweizer Mission²¹⁴. Etwas mehr Erfolg erreichte der von Seitz telegraphisch nach Bern berufene Seliger auf dem Berner Sozialistenkongreß, der Anfang Februar stattfand und auf dem eine Resolution im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes und gegen die tschechischen Gebietsforderungen zustandekam²¹⁵.

Die Landesregierung versuchte auch über die in Wien sitzenden Ententevertreter (der Engländer, Amerikaner, Franzosen und Italiener) an Paris heranzukommen. Doch diese hatten sich entweder schon selbst informiert und beschwerten sich nun über die Überschwemmung mit Memoranden, wie Coolidge, der Chef der US-Studienkommission in Wien²¹⁶, oder sie gaben aus politischen Motiven Zusagen, wie Henri Allizé, der französische Sonderbotschafter, die die Österreicher dem französischen Einfluß geneigter stimmen sollten, aber in keiner Weise gedeckt waren²¹⁷. Die Deutschböhmen konnten in keiner Weise die Wirksamkeit dieser Informationstätigkeit überprüfen.

Einen konkreten Erfolg konnte die Landesregierung an der Aufnahme deutschböhmischer Informationen in der Schweizer Presse, der nordischen und der Entente-Prese, die diesen das Presseamt zusandte, ablesen²¹⁸. Insbesondere wurde

²¹¹ NFP 29. 1. 1919, S. 1.

²¹² Optimistischer Bericht aus Bern, NFP 11. 2. 1919, S. 1.

²¹³ Vertrauliche Sitzung vom 5. Februar, S. 11, s. Anm. 190.

²¹⁴ Freißler: Zerfall 172—173; in welcher unverbindlicher Weise sich diese Fühlungnahme mit der halboffiziellen Welt der früheren Schweizer Friedensbörse abspielte, zeigt der geschwätzige Bericht von Oldofredi über seine Mission Ende März 1919, Oldofredi: Auf der Suche nach Recht in der Schweiz 146—171.

²¹⁵ Freißler: Zerfall 172. — Seliger wollte auch weiter die Sozialistische Internationale beeinflussen und auf der Mitte April im Haag stattfindenden Konferenz eine Revision der Berner Beschlüsse verhindern. Brief an Lodgman, 16. 4. 1919, AVA, DBLR, Fasz. 42.

²¹⁶ Das Außenministerium wies am 10. Februar die Landesregierung in Hinblick auf Coolidges Beschwerde an, nur mehr bedeutende Eingaben zu machen. AVA, DBLR, Fasz. 16; Coolidge hatte sich bereits am 13. Jänner 1919 bei Redlich über die Flut von Memoranden beklagt. Fellner, Fritz (Hrsg.): Das politische Tagebuch Josef Redlichs 1908—1919. Bd. 2. Graz-Köln 1954, S. 329 (Veröff. der Kommission f. neuere Geschichte Österreichs 40).

²¹⁷ Hoffmann: Cuninghame 145—156; für die Zusammenhänge von internationaler Politik und Grenzregelung Neuösterreichs s. Haas, Hanns: Anmerkungen zur Burgenlandfrage auf der Pariser Friedenskonferenz. Burgenländische Heimatblätter 1971, S. 97—108.

²¹⁸ Molisch: Freiheitsbewegung 144.

auch die Entfaltung einer breiten Informationstätigkeit in den nationalistischen Vereinen des Deutschen Reiches für wichtig erachtet²¹⁹.

Die österreichische Regierung erhob anfangs weder gegen die Form noch gegen den Inhalt dieser Auslandsaktionen Einspruch. Erst der Versuch deutschböhmischer Kreise, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben und „sich nicht einfach auf die Wahrnehmung ihrer Interessen durch die Wiener Regierung zu verlassen“, worin sich „ein gewisses Mißtrauen gegen die damalige Leitung der deutschösterreichischen Außenpolitik ausdrückt“, bewog die Regierung, die deutschböhmischen Agitationen im Ausland stärker zu kontrollieren²²⁰. Dabei ging es in erster Linie um die Errichtung eines eigenständigen deutschböhmisch-sudetenländischen Pressebüros in der Schweiz. Die Begründung eines solchen Büros ist nur auf dem Hintergrund der noch starken optimistischen Vorstellungen über eine günstige Entscheidung der Konferenz zu verstehen und steht im Zusammenhang mit jenen separatistischen Tendenzen, die sich auch bei den Tirolern zeigten, die auf eine allmähliche Auflösung Österreichs durch Internationalisierung von Regionalproblemen hinausliefen. Auf das Tiroler Beispiel verweist Lodgman auch in seinem Schreiben an Langenhan vom 10. Februar aus Bern und er schlägt vor, „ein gemeinsames tirolisch-sudetenländisches Büro zu errichten“²²¹. Bauer rät aber von einer derartigen Verbindung ab und schlägt vor, die sudetendeutsche Expositur der Gesandtschaft in Bern anzuschließen²²².

Das am 19. Februar begründete Propagandabüro arbeitete dann wirklich mit der Gesandtschaft zusammen; es errang ebenso wie das tirolische niemals jene internationale Bedeutung, die ihm seine Initiatoren zudachten. Mit dem Scheitern der kurzfristig auf die Entente zentrierten deutschböhmischen Außenpolitik, nach Bekanntwerden der deutschen Friedensbedingungen, verlor die Landesregierung ihr Interesse an der Pressestelle. Bereits am 10. Mai telegraphierte Lodgman an Peter Klein, den Leiter des Büros, daß „infolge politischer Ereignisse allenfalls Auflösung des dortigen Büros erwogen werden“ müsse²²³. Doch man ließ das Büro weiter existieren, um „die bisher angeknüpften Verbindungen, welche für die Propaganda der deutschen Sudetenländer von Vorteil sein können, aufrecht zu halten“²²⁴. Es blieb bis Ende 1919 bestehen, wobei sich Lodgman nicht für eine

²¹⁹ Etwa im Alldeutschen Verband und im Verein für das Deutschtum im Ausland; die Gründung der „Deutschösterreichischen Mittelstelle in Berlin“ dürfte unter Mitbeteiligung der Deutschböhmern vollzogen worden sein. Bericht Lauermands S. 9–12, s. Anm. 186.

²²⁰ Molisch: Freiheitsbewegung 143; daß sich die Regierungspropaganda von derjenigen der Landespolitiker kaum unterschied, beweisen die Propagandamaterialien, die nur ihrer äußeren Form nach einen etwas wissenschaftlicheren Anstrich haben: Flugblätter für Deutschösterreichs Recht. Hrsg. von R. v. W o t t a w a [in einer eigenen Propagandastelle der Staatskanzlei]. Wien 1919.

²²¹ HHStA, NPA, Präs. Fasz. 201, Fol. 157; den Brief hatte Bauer von Langenhan bekommen.

²²² Schreiben Bauers an Langenhan und an den Gesandten Haupt nach Bern. HHStA, NPA, Präs. Fasz. 201, Fol. 159.

²²³ AVA, DBLR, Fasz. 10.

²²⁴ Die Landesregierung an Gustav Peters und Ernst Klein anlässlich des Abschlusses

Verlegung nach London bzw. in den zukünftigen Tagungsort des Völkerbundes einsetzte, wie ihm Peters vorschlug²²⁵. Die gesamte Auslandsaktion blieb eine unbedeutende Episode, die nur von Interesse ist, weil zu ihrem Beginn neben dem unbegründeten Mißtrauen gegen Wien im Versuch einer eigenständigen Außenpolitik sich auch Alternativvorstellungen über die politische Zukunft des Landes ankündigten bzw. die Notwendigkeit einer völligen Trennung von Wien immer klarer zutage trat. Von diesen Alternativvorstellungen, die bei Besprechungen mit der Deutschen Regierung bereits im Februar dargelegt wurden, erfuhr die Wiener Regierung erst sehr spät, erst knapp vor den Friedensverhandlungen.

eines neuen Vertrages mit diesen über die Weiterführung der Propagandastelle vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919. AVA, DBLR, Fasz. 8.

²²⁵ 20. 9. 1919, Schreiben Peters an Lodgman, AVA, DBLR, Fasz. 39; auch der Aufforderung von Peters, in die Schweiz zu reisen, kam er Ende September nicht nach, da „der Schweiz keine große Bedeutung mehr zukomme“ und er nun nach Böhmen zurückkehren wolle. 27. 9. 1919, e b e n d a.